

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

22 (29.5.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

KONTAKT MIT FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE
L'ÉCONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

WIRTSCHAFTS - WOCHENSCHRIFT

Nr. 22 — 3. Jahrgang (14.-Nr. 112) DG AA/Inf.P.

Konstanz/Bodensee, den 29. Mai 1948

Ausgabe D — Preis RM 1,-

Valutabereinigung im Marshall-Plan

Nach einem von der National Advisory Council dem USA-Kongress erstatteten Bericht werden die USA jene Länder, die die Marshall-Hilfe erhalten, ersuchen, ihre wirtschaftliche Erholung durch Währungsabwertungen, die vorher mit dem internationalen Währungsfonds ausgearbeitet waren, zu fördern, wenn die USA dies als zweckmäßig erachtet. Das wäre insbesondere dann der Fall, wenn der Währungsstand eines Landes eine nicht zu rechtfertigende Belastung für seine Zahlungsbilanz bildet.

Wenn wir bedenken, daß dieser Bericht unter anderem die Unterschrift Marshall's selbst trägt, dann kann seine Bedeutung kaum überschätzt werden. Aus dem Kommentar zu dem Bericht geht hervor, daß die Verfasser sogar noch einen Schritt weiter zu gehen beabsichtigen und die Sperrung der Marshall-Hilfe den Ländern andeuten wollen, die eine Abwertung verweigern, die der Council für erforderlich hält. Das wäre allerdings ein ungeheures Druckmittel, das praktisch auf fast alle Länder Europas angewandt werden kann: denn gerade die Länder Europas, für die die Marshall-Hilfe vorgesehen ist, haben schwache Währungen — sonst wäre vielleicht die Marshall-Hilfe gar nicht notwendig.

Jeht wissen wir auch, warum in den letzten Wochen immer wieder in internationalen Finanzkreisen Gerüchte umgehen, daß das englische Pfund oder die französische Franc abgewertet werden würde. Auch der Zusammenhang mit der deutschen Währungsreform wird hier erkennbar. Nun haben sich bereits die Engländer scharf geäußert und erklärt, daß bei ihnen keine Notwendigkeit zur Abwertung bestünde; dem nach den letzten Äußerungen von Seiten des internationalen Währungsfonds soll nur dann eine Änderung der Währungsparität vorgenommen werden, wenn der bestehende Kurs den Export behindert; dies trifft aber für England nicht zu. Auch für Frankreich gilt dies nicht; denn die französischen Exporte sind, wie in der vorigen Ausgabe berichtet wurde, weiter gestiegen. Für Deutschland liegen die Verhältnisse etwas anders. Der in der Doppelsonne festgesetzte Kurs von 1,- RM = 30 US-Cents ist tatsächlich für den deutschen Export hinderlich, aber andererseits muß Deutschland darauf bedacht bleiben, billig zu importieren. Da Deutschland noch auf lange Sicht hinaus eine passive Handelsbilanz haben wird, ist es vorläufig stärker an dem jetzt festgesetzten Kurs interessiert, als ein einseitig seinen Export günstigeren Kurs.

Es wird sich nun zeigen, wie der internationale Währungsfonds reagiert, wenn der Council von ihm die Währungsabwertung in einem Land verlangt — und wie die anderen Länder reagieren, vor allem die Konkurrenten am Weltmarkt.

Bunaproduktion wird stillgelegt

Düsseldorf. Auf Befehl der britischen Militärregierung muß die Bunaproduktion in Deutschland ab 1. Juni 1948 stillgelegt werden. Die dadurch freiwerdende Kohlenmenge wird zunächst exportiert, um Devisen zu schaffen, die zum Ankauf von Naturkautschuk verwendet werden sollen. Die Doppelsonne soll 3 400 t Naturkautschuk erhalten.

Israel will USA-Anleihe

Washington. Die Regierung Israels beabsichtigt, von der Export-Importbank größere Anleihen zum Ausbau der Industrie im neuen Staat anzufordern. Es würde sich um einen Betrag von 75 bis 100 Mill. Dollar handeln. Ein offizieller Antrag an die Bank wurde zwar noch nicht gestellt, doch dürfte Prof. Weizmann anlässlich seines Besuchs bei Präsident Truman die Angelegenheit erörtern.

General Motors erhöht Kapital

Washington. Mit Rücksicht auf die Expansion der Geschäftstätigkeit beabsichtigt General Motors Corporation ihr Kapital zu erhöhen. Der Jahresabsatz der Gesellschaft beträgt gegenwärtig etwa 4 Mrd. Dollar.

Weiter Goldzufluss in die USA

Washington. Nach dem letzten Ausweis des Federal Reserve Systems erreichte

Kohlenwirtschaft am Krisenpunkt

Marshall-Plan und Industriepan für Deutschland sind gefährdet

Von unserem Korrespondenten im Ruhrrevier

Nachdem die Entwicklung im Steinkohlenbergbau der Nordzone in den letzten Jahren wiederholt in eine kritische Lage gekommen, aber durch verschiedenartige, leistungsfördernde Maßnahmen immer wieder angebrochen worden war, ist sie nunmehr wie nie zuvor in eine Spitzlage geraten. Damit ist ein Zustand eingetreten, aus dem der Ausweg nur durch Verwirklichung konstruktiver Pläne möglich erscheint.

F.F.H. Essen, Ende Mai 1948. Das Absinken der Förderzahlen des Steinkohlenbergbaus im Laufe des Aprils und Mai von nahezu 300 000 t auf eine Pendellage bei rund 265 000 t hat nicht nur die UK/US Kontroll-Gruppe zu dem Vorwurf veranlaßt, die Bergleute verständen die ihnen auf Grund des Ansporplanes gewährten Sonderrechte nicht zu würdigen, sondern auch die Kritik der Oberbefehlshaber der englischen und amerikanischen Besatzungszone hervorgerufen, die darin gipfelt, daß die Bergarbeiter sehr wohl 300 000 t je Tag leisten könnten, die Zechenleitungen und Arbeiter es aber an dem guten Willen fehlen ließen. Auch Dr. Pänder hat jüngst gemeint, die Tatsache, daß die Tagesförderung während der letzten CARE-Paketaktion die 300 000-t-Grenze überschritten habe, zeige die Möglichkeit einer gegenüber heute erheblich höheren Förderung, sofern gewisse vorübergehende Vorbedingungen erfüllt seien. In der Tat ist die Förderung rundum unter dem Einfluß des Punktsystems und dem dem zusätzlichen Ansporplan mit dem Anreiz der drei CARE-Pakete und der Sonderzahlung von 40 Millionen Zigaretten angestiegen, aber, je ist nach Beendigung der Aktionen immer wieder gesunken, so daß sie nicht mit Unrecht als „Sprünge“ bezeichnet werden sind. Dieses Zurückfallen der Förderung, um so stärker, je höher die Ausgangsleistung angestiegen war, läßt erkennen, daß mehr und mehr materialmäßige Hemmungen wirksam geworden sind.

Der Materialmangel

Im Bergbau kann nicht deutscher gekennzeichnet werden, als durch die Tatsache, daß man normalerweise 5 kg Stahl je Tonne Förderung rechnet, während zurzeit die Stahlversorgung noch unter 2 kg liegt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der Nachholbedarf mit etwa 8 kg vorausschätzt werden muß. Darüber hinaus herrscht ein chronischer Mangel an allen möglichen anderen technischen Hilfsmitteln aus Metall, Gummi, Leder und Holz. Wenn man Einzelheiten herausgreift, so ist u. a. darauf zu verweisen, daß von 173 Lam-

penwirtschaften keine 100 in Ordnung sind. Wir sind im deutschen Bergbau mit dem Gelände auf Handlampen angewiesen, während zum Beispiel in England in den Stollen Leuchtlicht verwendet werden kann und darf. Die Handlampen in unseren Schächten sind von schlechter Qualität und können nur unzureichend erneuert werden, weil die Produktion zum größten Teil ausgefallen ist. Die Handlampen geben zum größten Teil kein ausreichendes Licht, wodurch Fördererhöhungen zu erklären sind. Besonders große Verluste in der Förderung pflegen aufzutreten bei den vielerlei zum Teil durch schadhafte Material hervorgerufenen Betriebsstörungen, deren Beseitigung im Vergleich zu früher ungewöhnlich lange dauert und sich oft selbst bei Kleinigkeiten über einen Tag erstreckt. Lebhafte Klagen wird über den Zustand der Schachtarüstung geführt, wo wegen des Mangels an Edelhölzern, zum Beispiel der Sparlaten, immer wieder notwendig repariert werden muß. Der

ausgebrochene Zustand geht auf Kosten der Sicherheit und der Schnelligkeit.

Die heutige Förderentwicklung spricht deutlich aus, daß es so nicht weiter gehen kann und endlich die von den Zechenleitungen und den Gewerkschaften geforderten technischen Verbesserungen vorgenommen werden müssen. Selbst wenn in dieser Hinsicht alles geschieht, so bleibt doch ein Fördererhöhen, mit dem man erst allmählich fertig werden muß. Es ist dies die

Überalterung

die sich sehr störend auswirkt. Man muß sich darüber klar sein, daß nicht der wohlgenährte und kräftige 35jährige vor dem Kohlenstoß das Tempo anbringt, sondern der 45jährige, der 50- oder gar 60jährige Bergmann, der dazu ausgesprochen unterenergetisch ist. Die leistungsfähigen Jahrgänge zwischen 25 und 40 Jahren sind nur halb so stark besetzt wie im Jahre 1939, und es stellen die nicht mehr voll leistungsfähigen und

(Fortsetzung auf Seite 2)

Dezentralisierter Außenhandel

Neuregelung in der französischen Zone

Mg. Baden-Baden. Seit einiger Zeit ist die verwaltungsmäßige Dezentralisierung des Außenhandels in der französischen Zone durchgeführt. Das Außenhandelsamt (Ofcomex) in Baden-Baden hat wichtige Teile seiner Aufgaben auf die Außenhandelsämter übertragen, die in den drei Ländern der Zone errichtet worden sind. Diese regionalen Ämter sind seit März 1948 errichtet, im Namen des Ofcomex Vertrag über Handelsbeziehungen mit ausländischen Kunden abzuwickeln. Die ersten Monate nach Einführung des neuen Verfahrens gelten als Versuchszeit, während welcher von der Zentrale und von den Außenstellen Erfahrungen gesammelt werden sollen. Änderungen der Verfahrenstechnik sind zu erwarten, sobald sich herausstellt, daß weitere Verbesserungen sich als möglich erweisen.

Für die Durchführung dieser Dezentralisierung sind die in der französischen Zone erzeugten Waren in vier Gruppen eingeteilt. Gruppe I enthält die kontingentierte Erzeugnisse, über welche nur die Sous-Directions und die Sections techniques der Produktion Industrielle Abschlüsse treffen können. Zu dieser Gruppe gehören z.B. folgende Waren: Baracken, Holzhäuser, Holzfasern, Nadeln und Laubholz, Grubenholz, Zündhölzer, verschiedene wichtige Baustoffe, Lederwaren, Kraftwagen und Motorräder, Kupplager, Fotoapparate usw. Über die Erzeugnisse der Gruppe I können also die regionalen Außenhandelsämter nicht verfügen.

Zur Gruppe II gehören kontingentierte genehmigungspflichtige Erzeugnisse, über welche die regionalen Außenhandelsämter Geschäfte abschließen können, jedoch nur für Aufträge unter 5000 RM Wert. Auch müssen sich die Geschäfte im Rahmen der für jedes Land festgesetzten Ausfuhrkontingente halten. Zu dieser II. Gruppe gehören u. a. folgende Erzeugnisse der Zone: Brennholz, Holzkohlen, Holz, Bausteine, Metallspielzeug, Silberwaren, Akkordeone, bestimmte Baustoffe wie Schiefer, Sandsteinplatten, Zement, Kalk, Schuhe, Haushaltswaren aus Aluminium, Nähmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen, Uhren, Druckereimaschinen, Zuckerwaren, kurz die Hauptmasse der für das Ausfuhrgeschäft der Zone wichtigsten Erzeugnisse.

Zur III. Gruppe gehören nichtkontingentierte Erzeugnisse, deren Ausfuhrkontingente nach Frankreich und nach dem übrigen Ausland den regionalen Außenhandelsstellen zur freien Verfügung stehen, und zwar ohne Rücksicht auf die Höhe des Auftragswerts. Diese Erzeugnisse können also in unbeschränkter Höhe zur Ausfuhr durch die regionalen Stellen genehmigt werden. Zu dieser III. Gruppe gehören alle ausführbaren Waren, die nicht in den beiden ersten Gruppen enthalten sind, wie Hohlspäne, Sägemehl, Fässer.

Das Ofcomex in Baden-Baden wird die ihm unmittelbar zugeleiteten Geschäftsvorfälle für die Gruppen II und III noch künftig selbst durchführen, jedoch werden diese Geschäfte mehr und mehr auf die regionalen Außenhandelsstellen übergehen.

In der Gruppe IV befinden sich solche Erzeugnisse, die nicht ausführbar sind; dazu gehören

aus der mechanischen und elektrotechnischen Industrie: Holzschrauben, landwirtschaftliche Zugmaschinen, Glühbirnen, Rohstoffe für Gläser, Radio- und Eisenwaren, Eisdrinks für Haushalt, neue Akkumulatoren, edelverpackte Verpackungsgeräte aus Metall;

aus der Holzindustrie und aus verschiedenen Industrieen: Papier und Papiererzeugnisse, Zellulose und Papierbrei, natürliche Edelsteine, Pflanzfasern für Bürsten, Borsten, Rohkork, synthetische Edelsteine, Kinderwagen;

aus der Holzverarbeitung: Laub- und Nadelholzstämmen, Sperrholz, Generatorholz, Verpackungskästen;

an Baustoffen: hydraulischer Kalk, Backsteine, Dachpappe, Baugips, feiner Kalkin und Gachier sowie Treibriemen, Ledersohlen und Abzüge.

Auf den Verkehr mit Frankreich bezieht sich die Dezentralisierung des Außenhandelsverfahrens vorläufig noch nicht; man will erst die Erfahrungen mit anderen Ländern abwarten bevor das Ausfuhrverfahren nach Frankreich ebenfalls dezentralisiert wird. Nach einer Erklärung des Ofcomex ist es das Ziel der Reform, den regionalen Stellen künftig die Hauptmasse der Geschäftsvorfälle zu übertragen, so daß sich das Zentralbüro in Baden-Baden künftig nur noch mit der Kontrolle der durch die regionalen Stellen abgeschlossenen Geschäfte, mit der Politik der Verkäufe an andere Länder und mit der Buchführung über die getätigten Geschäfte befassen wird.

Deutsch-dänische Wirtschafts-verhandlungen

Stockholm. Eine dänische Abordnung verhandelte vor kurzem in Frankfurt wegen einer Überprüfung der im März 1947 festgelegten Bestimmungen für den Handel zwischen Dänemark und der Doppelsonne. Die Verhandlungen wurden vorläufig abgebrochen und auf die zweite Juliwche vertagt. Dänemark will den Warenverkehr mit der Doppelsonne stark erweitern und wünscht zu diesem Zweck Lieferungen von Kohle, Maschinen, Chemikalien, Textilwaren und Sanitätsporzellan im Austausch gegen Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Käse und Lebertran. Das Anerbieten der dänischen Abordnung wurde jedoch abgelehnt, da die Frankfurter Stellen der Ansicht sind, daß ein derzeitiger Tauschhandel gegen die Ordre General Clays verstoßen würde, die die Abrechnung der Ein- und Ausfuhrkonten in Dollars vorschreibt.

In dieser Nummer

- Deutsche Eisenindustrie unrentabel
- Exportmesse in Hannover
- Rohhäute-Import läuft an
- Aussichtsreiche deutsche Erdölproduktion
- Belgiens Industrie-Investitionsprogramm
- Wiederaufbau der französisch. Bahnen
- Sozialismus muß rentabel sein
- Das Öl im Mittleren Osten
- Sowjetrußland in d. Antarktis
- Erhöhter Kautschuk-Bedarf

Die fünfte Freiheit

„Und zwei mal zwei ist nicht mehr vier, ich schwöre dir, es ist Papier.“ Als Gerhart Hauptmann diesen Zweizeiler schrieb, war es schon schlimm genug um die Sicht auf die realen Dinge des Lebens bestellt. Schon damals — vor etwa drei Jahrzehnten — wurde sie oft genug durch Berge bedruckten Papiers verdrängt, die sich überall auftrühten. Seither ist es nur noch schlimmer geworden. Und heute, um die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, teilt sich der Papierkrieg in einem Maße aus, neben dem, was der Dichter der „Weber“ mit seinem Wort treffen wollte, sich nur noch als beispielloses Verspiel einer so doch nicht vorausgesehenen Entwicklung darstellt.

Während es an Schulbüchern und selbst an Schulheften mangelt, während unentbehrliche Lehrbücher und Nachschlagewerke ungedruckt bleiben, die Auflagen der Zeitungen und Fachzeitschriften weit hinter der Nachfrage zurückbleiben müssen, erfordert — und verneinzt — die Einholung einer einzigen Aufnahmewilligung einen Verbrauch von Papier (allein durch den Antragsteller), der sich nur in einer Vielzahl von Pfunden angeben läßt, und

Ab nächster Nummer erscheint die Wirtschaftsrevue für alle Zonen im Großformat

Da bei dieser Umstellung zunächst mit gewissen Papier-Anlieferungschwierigkeiten zu rechnen ist, bitten wir unsere Leser, eventuelle Verzögerungen in der Zustellung freundlichst zu entschuldigen.

Kosten die Durchführung eines einzigen, an grünen Tisch geborenen Blindgängers von behördlicher Anordnung, wie es kürzlich das Speisekammergesetz war, Tausende und Tausende Kilogramm des so kostbaren und doch leichtfertig verschwendeten Materials.

Dieser unbefriedigende Stand der Papierversorgung und des Papierverbrauchs ist aber nur ein Symptom, nicht die Krankheit selbst. Die Krankheit selbst will man in dem immer weiter sich verbreitenden Bürokratismus erblicken. Und in der Tat: Papiermangel und gleichzeitig unzulänglicher Papierverbrauch tauchen überall dort auf, wo die Bürokratie ihr Haupt erheben kann, wo sie die naturgegebenen, und dann auch notwendige, rein verwaltungsmäßige Ordnung überordnen, wo sie wie Kleeseide auf einer Wiese alles überwuchern und unaufrührbar geworden, Odetts auf Odetts schaffen kann. Was dem Schuhmacher und Taschner das Leder, dem Spengler das Schwarz- und Weißblech, der Bauindustrie Kalk und Zement sind, ist dem Bürokraten das Papier. Ballen auf Ballen und Rollen auf Rollen bedruckten und unbedruckten Papiers sind ewig unterwegs zu den Fließbändern der Bürokratie, und finden von ihnen wieder in unzähligen kleinen Rinnsalen den Weg zu den bedauerenswerten Objekten der bürokratischen „Arbeit“, um endlich von dem Moloch der unzählbaren Aktenordnungen verschlungen zu werden und nutzlos unter dem bald sich auf sie legenden Staub zu versinken. Gabe es kein Papier, so gäbe es auch keine Bürokratie. Nichts einfacher daher — so sollte man meinen — als den Bürokraten durch Einstellung der Belieferung mit dem ihnen unentbehrlichen

Kohlenwirtschaft am Krisenpunkt

(Fortsetzung von Seite 1)

Robstoff die Daseinsgrundlagen zu zerstören.

Deutschland will uns als ein dem Bürokratismus besonders günstiger Boden erscheinen. Es hat diese Krankheit aber längst auch schon Länder erfaßt, die sie ebendamals weniger oder gar nicht kannten. Was ist es anderes als Bürokratismus, gegen den Lord Wolton, der Präsident der Konservativen Partei, in England zu Felde zog, als er eine Anzahl staatlicher Kontrollen und Einschränkungen aufzählte, die nach seiner Meinung ohne weiteres abgeschafft werden könnten? Der Londoner „Sunday Express“ gab, obwohl nicht der gleichen Partei zugehörig, der Kritik Woltons in einem Aufsehen erregenden Artikel Nachdruck, und der britische Handelsminister Wilson sah sich veranlaßt, im Unterhaus und in einer Pressekonferenz die Politik der Labour-Regierung diesen Angriffen gegenüber in Schutz zu nehmen. Ohne großen Erfolg, wie die „Basler Nachrichten“ in einem Privattelegramm aus London feststellen.

Es besteht nun einmal — schreibt das Schweizer Blatt — der Eindruck, daß die britische Regierung die zahllosen Kontrollen und Verordnungen nicht mehr abschaffen kann, auch wenn sie möchte, „weil zu viele Beamte da von leben“. . . die einen dieser Beamten heißen „Erzwingungsbeamte des Ernährungsministeriums“, die anderen „Untersuchungsbeamte des Handelsministeriums, wieder andere sind dem Brennstoffministerium zugeteilt“. Noch andere „nennen sich Fabrikinspektoren, Lohn- und Gehaltsinspektoren, Arbeitszeitleistungsinspektoren, Hygieneinspektoren . . .“ Man wird dem Eindruck nicht los, daß es sich bei dem Vortag der „Sunday Express“ um einen Versuch des gegenseitigen Opfers handelt, um welches sich eine Riesenschlange gewunden hat, die tödliche Umklammerung zu durchstoßen, bevor es zu spät ist.

Viel anders als in Deutschland ist es in England, wenn man dieser Darstellung Glauben schenken darf, um den Bürokratismus also nicht bestellt, und es drängt sich angesichts dieser Analogie die Frage geradezu auf, ob ihr nicht noch eine weitere Analogie übereinstimmender Ursachen der in diesem Betrag offenbar wenig unterschiedenen Zustände entspreche?

Die Wirtschaft Englands steht sich nach dem Krieg vor Aufgaben gestellt, denen sie, wie der Augenschein lehrt, nicht ohne weiteres gerecht zu werden vermag. Die Ausfälle in der Zahlungsbilanz sollen durch Aktivsaldo in der Handelsbilanz allmählich wettgemacht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es nach Auffassung der in der Labour-Regierung maßgebenden Männer staatlicher Eingriffe und Maßnahmen, geeignet, die Wirtschaft auf den rechten Weg zu bringen und sie zur Erreichung des ihr gesteckten Zieles zu befähigen. Aus der Bahn einer normalen Entwicklung durch den Krieg und seine Nachwirkungen herausgeführt, umdrängt die schwerfällig sich bewegende Maschine der britischen Wirtschaft mit Hut und Hohl ein gewaltiges Heer von Bürokraten, dem, wie es scheint, nicht viel anderes gelingt, als die die Maschine bedienenden Praktiker kopfschüttelnd zu machen und sie um einen Teil des Erfolges ihrer Arbeit zu betrügen.

Zu den Aufgaben, die der britischen Wirtschaft gestellt sind, treten in Deutschland Schwierigkeiten hinzu, die durch die Teilung des Staatsgebietes in Zonen und Länder (sie machte, um nur ein Beispiel zu nennen, die Bestallung von mehr als hundert Ministern notwendig), durch den Mangel an Lebensmitteln, den Verfall der Währung, den Niedergang des Transportwesens, und durch den Materialmangel, verursacht werden. Gemeinsam ist der Wirtschaft beider Länder, daß sie, bei zusehender geringerer Leistungsfähigkeit, erhöhten Anforderungen zu entsprechen haben, daß eine ungewöhnliche Lage zur Anwendung außergewöhnlicher Mittel drängt, und daß zur Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten zum ungenügendsten Mittel gegriffen wurde: zur Belastung der Wirtschaft und Überbelastung des Staatshaushaltes mit einem Beamtenstab von Millionen, der, ohne produktive Arbeit zu leisten, ernährt und bekleidet sein will — und der in der Erfüllung vor allem dieses Anspruches die eigene und die Aufgabe des Staates erblickt.

Wenn auf diese Weise in England wie in Deutschland die Bürokratie in den Sattel gehoben wurde und unbehindert sein Reittier tummelt, so ist der sich breitmachende Bürokratismus selbst doch auch wieder nur Symptom, nur die Erscheinung einer tiefer wurzelnden Krankheit. Es ist den Trägern der Krankheit überdies zugute zu halten, daß sie vielfach das Beste wollen und, selbst wo sie gegen besseres Wissen handeln, sich nicht anders verhalten als weise andere Kreise der Gesellschaft, die im Kampf um das nackte Leben in der Wahl der Kampfmittel nicht mehr wahllos sein können, und es daher auch nicht mehr sind. Die Männer an der Staatsführung, die wir gerne dafür verantwortlich machen, daß sie den Bürokratismus überhand nehmen lassen, entsäuft wieder in etwas, daß sie, aus Mitteln der Allgemeinheit allerdings, Elementen Unterhalt und Lebensmöglichkeit bieten, deren Anspruch auf einen geregelten Erwerb nicht weniger berechtigt ist als der anderer Staatsangehöriger auch.

die noch nicht voll leistungsfähigen Arbeiter die große Menge der Bergarbeiter dar. Diese Überalterung ist nicht allein durch die verstärkte enge Zusammenarbeit zwischen den alten erfahrenen Kumpeln und den Neubergleuten zu überbrücken. Was die Neubergleute anbetrifft, so wird ihr ohnehin noch nicht ausreichender Einsatz beinträchtigt durch eine Reihe von Unzulänglichkeiten ihrer Lebensbedingungen, wozu insbesondere die bei vielen menschenunwürdige Unterbringung gehört.

Nicht zuletzt wirken sich wiederum psychologische Momente aus, die neuerdings um einige bemerkenswerte vermehrt sind. Die Sonderrechte, die den Bergleuten durch das Punktsystem und die zusätzlichen Ansporngelde zuteil geworden sind, durchbrechen jede Solidarität innerhalb der Bergarbeiter selbst und der Arbeiterschaft ganz allgemein. Es ist schwer, die Sonderzuwendungen gerecht zu verteilen, und immer wird es Benachteiligte geben, deren Beanstandungen zweiseitig wirken, und es ist sicher, daß zahlreiche Arbeiter die Bevorzugung und Besserstellung der Bergarbeiter nicht anerkennen. Für die Aufspaltung der Solidarität ist es bezeichnend, daß sich die Bergarbeiter bei dem letzten Hungerstreik im Ruhrrevier nicht beteiligt haben, wie hätten sie es auch begründen können, da sie ja gerade damals wieder ein CARE-Paket mit nach Hause brachten. Dem Bergmann selbst ist diese Sonderstellung durchweg nicht lieb. Aber es ist ihm auch nicht zu verdenken, daß er sich ihrer Vorteile bedient. Wer nun die Förderentwicklung in der letzten Zeit sorgfältig verfolgt hat, kann feststellen, daß die rückläufige Bewegung zu einer Zeit eingeleitet hat, als die dritte CARE-Paketaktion, zu Ende ging und auch bekannt wurde, daß das Punktsystem Ende Juni abgeschafft werden soll. Die

Beibehaltung des Punktsystems

über diesen Zeitpunkt hinaus wäre aus mehrfachen Gründen zu erwägen, und wir glauben zu wissen, daß entsprechende Vorschläge gemacht worden sind. Man darf nicht außer acht lassen, daß der Zeitpunkt für die Beendigung des Punktsystems zum Untimo Juni denkbar ungünstig ist; denn auch innerhalb der Bergarbeiterchaft hat sich herausgestellt, daß der Währungsschnitt in der Zeit vom 26. Juni bis 1. Juli stattfinden soll. Man betrachtet den Geldschnitt in weiten Kreisen der Arbeiterschaft des Reviers als einen Betrug und ist der Ansicht, es müsse sich bei gutem Willen eine Lösung finden lassen, die den Geldschnitt oder eine Inflation vermeiden ließe und die es gestatten würde, auf lange Sicht die Sparbeiträge zu retten. Hinzu kommt, daß die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Lohnerhöhung um 15% als nicht ausreichend bezeichnet wird, man sich aber andererseits nicht der Notwendigkeit verschließt, daß im Bergbau in der Zukunft sehr scharf gerechnet werden muß. Nicht zuletzt sind die Bergarbeiter der Ansicht, daß das Verfahren mit den IK-Marken mangelhaft ist, weil durch die Einschaltung der JEIA ein Teil der von ihnen verdienten Dollar-Cents absorbiert wird. All diese erwähnten Unsicherheitsfaktoren belasten die Förderung, und man wird alle tun müssen, um diese Bremsklappe wegzuräumen. Auch erscheint es notwendig, die zukünftigen Besitzverhältnisse im Bergbau zu klären. In fünf Unteranschießen wird im Wirtschaftsausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen das gesamte Problem überprüft, so daß man überzeugt sein kann, daß die kommende Entscheidung über die zukünftigen Besitzverhältnisse im Bergbau in den Voraussetzungen und Auswirkungen klar begründet sind. Das Problem wird dann aus der Diskussion verschwinden und nicht mehr zu Beunruhigung Veranlassung geben. Zusammenfassend ist zu sagen, daß eine weitere CARE-Paketaktion einen neuen vorübergehenden Fördergewinn bringen würde, und auch die Bereitstellung von Ansporngeldern für Sonderschichten würde einen Erfolg versprechen; mit der Gewährung ledig-

lich von Sonntagsschlägen ist begrifflicherweise heute nichts zu erreichen. Solange aber die oben erwähnten grundsätzlichen und grundlegenden technischen Voraussetzungen nicht geschaffen sind, ist ein

Exportmoratorium oder ein Import von Kohlen unvermeidlich, wenn man verhindern will, daß zugleich mit der Kohle auch die Eisen- und Stahlindustrie in die Sackgasse gerät und darüber hinaus der Marshall-Plan zum Scheitern verurteilt wird. Die deutsche Industrie befindet sich gegenüber der ausländischen in Europa, die den Friedensstand längst wieder erreicht hat, in erheblichem Nachhinken, und durch Herbeiführung des Anschlusses würden sich die größten Vorteile für die anderen Volkswirtschaften ergeben, selbst wenn sie für eine kurzgemessene Zeitanpassung auf deutsche Kohlen verzichten müßten. Im Zuge der Durchführung des Marshall-Planes soll die deutsche Industrie ihre Produktion um etwa 25% erhöhen,

Kohlenverbrauch im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 1936 und 1947

Table with 6 columns: Verbraucherguppe, 1936 (Stiehk., Braunk., u. Koks), 1947 (Stiehk., Braunk., u. Koks). Rows include Eisenbahnen, Elektrizitätswerke, Gas- und Wasserwerke, Chemie, Baustoffe, Eisen- u. Metallgewinnung u. -verarbeitung, Papier, Textil.

Dieser Einblick wird noch vertieft, wenn man sich über die Leistungen der einzelnen Bedarfsträger in der Doppelsonne Klarheit verschafft, wie das auf Grund des folgenden Zahlenmaterials möglich ist.

Die Leistungen der Elektrizitätswerke auf Kohle und Braunkohle betragen im Jahr 1936 für das Gebiet der heutigen Doppelsonne 24 Mrd. kWh und im Jahr 1947 28 Mrd. kWh. An Koksereignis wurden 1936 in der Doppelsonne 12 190 Mill. t und 1947 5 640 Mill. t produziert. Die eisenschaffende Industrie erzeugte damals 16 710 Mill. t gegen 3 010 Mill. t im Jahr 1947.

Verkehrsleistungen

Table with 3 columns: Güterzug-km im 1940, Personenzug-km im 1940, Kohlenverbr. je 1000 km. Values for 1936 and 1947.

Bei diesen Leistungen der Reichsbahn in der Doppelsonne und, was den Kohlenverbrauch 1000 km anbelangt, im Reichsbahndirektionsbezirk Essen, ist zu den allgemeinen Gründen des erhöhten Kohlenbedarfs zu erwähnen, daß in erheblichem Maße große Lokomotiven eingesetzt werden müssen, die einen hohen Kohlenverbrauch haben und nicht ganz ausgelastet werden können. Ganz allgemein sind in Deutschland zur Zeit folgende Ursachen für den hohen Kohlenverbrauch verantwortlich:

- 1. Die Feuerungsanlagen, Dampfkessel- und Energieerzeugungsanlagen sind zu einem hohen Grade überaltert, ohne daß eine genügend schnelle und durchgreifende Erneuerung stattfinden kann. Der eingesetzte Brennstoff wird daher schlechter ausgenutzt.
2. Die Kohle hat vielfach einen höheren Gehalt an Asche und Wasser als früher. Die Werke erhalten nicht immer die Kohlenorten, auf die ihre Feuerungsanlagen eingerichtet sind. Der Wirkungsgrad ist daher vielfach noch niedriger als es dem Durchschnitt entspricht.
3. Die Kapazitätsausnutzung der Betriebe hält sich in den meisten Industriezweigen noch unter 50%. Eine bestimmte Grundlast muß für den Betrieb aber durchgehalten werden, ganz gleich, wie groß die laufende Produktion ist. Damit erhöht sich der spezifische Verbrauch je produzierter Einheit.
4. Die Bevorratung der Brennstoffverbraucher ist nicht immer so groß, daß eine rationelle Brennstoffwirtschaft im Betrieb aufrecht erhalten werden kann.
5. Die für einen bestimmten Verwendungszweck unmittelbar zugeleiteten Kohlen werden nicht immer in vollem Umfang diesem zugeführt, sondern fließen teilweise in andere Kanäle ab, was sich aber nicht vermeiden läßt.

insbesondere soll sie die Stahlerzeugung auf 6 Mill. t im demnächst beginnenden ersten Marshall-Plan-Jahr steigern. Diese Leistung kann nicht ohne die im deutschen Aufbauplan vorgesehene Einfuhr von 5 Mill. t Kohlen erreicht werden. In dieser Woche gerade haben in Paris Verhandlungen über die deutschen Stahllieferungen innerhalb des Marshall-Planes unter Hinzuziehung eines westdeutschen Stahlexperten begonnen, aber das A und O dieser Besprechungen wird die Kohle sein, und wenn in diesen Verhandlungen nicht die Voraussetzungen für die ausreichende Versorgung der Eisen- und Stahlindustrie mit Brennstoffen und Energie geschaffen werden, so sind sie als erfolglos zu bezeichnen.

Der Kohlenbedarf

innerhalb der deutschen Wirtschaft ist im Vergleich zu früher außerordentlich hoch. Das zeigt die im folgenden wiedergegebene Tabelle über den Kohlenverbrauch in der Doppelsonne 1936 und 1947.

Table with 6 columns: Verbraucherguppe, 1936 (Stiehk., Braunk., u. Koks), 1947 (Stiehk., Braunk., u. Koks). Rows include Eisenbahnen, Elektrizitätswerke, Gas- und Wasserwerke, Chemie, Baustoffe, Eisen- u. Metallgewinnung u. -verarbeitung, Papier, Textil.

wenn auf diese Weise wichtige Produktionsvoraussetzungen gesichert werden sollen.

Die in der Darstellung des Kohlenverbrauchs und der Leistungen erkennbare Zerstörung unserer Warmwirtschaft in allen möglichen Beziehungen durch die Folgen des Krieges und der Demontagen hat sich auf der Kohlenseite verheerend ausgewirkt, aber zugleich ist offenkundig, daß mit der Wiederherstellung und dem Wiederaufbau unserer Industrie Kohlen insofern rationeller verwandt und somit frei werden können, als im Zuge dieser Entwicklung bessere wärme-wirtschaftliche Voraussetzungen ein-treten.

Angesichts des toten Punktes in unserer Kohlenwirtschaft liegt es jetzt an den verantwortlichen Persönlichkeiten, ob der Marshall-Plan, in dessen ersten Geuß die europäischen Länder gerade gekommen sind und der in der nächsten Zeit auch Deutschland erstmalig Blut zuführen soll, denjenigen Erfolg findet, den ihm seine Väter zugeordnet haben. Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht, an dem man mit Improvisationen, wie sie sich zum Beispiel im Bergbau seit Jahren als untunliches Instrument der Betriebswirtschaft und Betriebstechnik erwiesen haben, nicht weiter kommt, sondern in der Sackgasse stecken bleibt. Die Zeit der halbigen Maßnahmen sollte endlich abgelöst werden von einer Entwicklung, deren Fundament in der Verwirklichung der vielen konstruktiven Pläne liegt, die von deutschen, aber auch von ausländischen Experten entwickelt und vorge-tragen sind. Diese Pläne gipfeln alle in der Forderung nach sofortiger Verbesserung der allgemeinen Ernährungslage und der sonstigen Versorgung, in der sofortigen Bereitstellung von Material zur Schaffung der technischen Voraussetzungen einer Fördersteigerung und in der Zuteilung ausreichender Kohlen-mengen für die Industrie mit Hilfe eines Moratoriums oder von Importen, damit wir den uns zugewiesenen Anteil am Marshall-Plan zu erfüllen vermögen. Ein anderer Ausweg ist nicht zu erkennen.

Fiatfabrik in Polen

Warschau. Die italienische Automobil-gesellschaft Fiat hat mit Polen einen Vertrag abgeschlossen, durch den sie sich verpflichtet, in den nächsten drei Jahren in Polen eine Fiatfabrik zu errichten. Das Abkommen sieht weiter die sofortige Errichtung eines Ersatz-teilers in Warschau und folgende Lieferungen vor: 1000 Personenkraft-wagen vom Typ „1100“, 1011 Last-wagen, und zwar 354 Viertonner, 557 Siebentonner und 100 Zehntonner sowie 180 Autobusse und 50 Anhänger.

Ernährung, Gesundheits- und Bildungs-wesen, Beschäftigung darstellen“. Einer dieser Ausschüsse kontrolliert den Handel mit Rauschgiften, ein anderer hat sich die radikale Bekämpfung von Krank-heiten in der ganzen Welt zur Aufgabe gemacht. Es fehlt in der Reihe ein Aus-schuß zur Bekämpfung des Bürokratismus und doch müßte die Welt, wenn es in ihr eine wirkliche Freiheit des Ein-zelnen geben soll, vor allem von dieser Krankheit befreit werden.

Man entschließt sich freilich nicht ohne weiteres, der Errichtung eines Ausschusses, dem dieses Ziel zu stecken wäre, das Wort zu reden. Er würde möglicher-weise nur das Heer der Bürokraten um-etliche Regimente vermehren. Und seine erste Handlung wäre vielleicht die Her-zugabe eines neuen Fragebogens. So bleibt als Möglichkeit, hier Wandel zu-schaffen, ernstlich nur die Selbsthilfe der Bevölkerungen durch ihre berufenen Vertretungen, die Parlamente, bestehen.

Ausland in Kürze

Vier Tonnen Goldbarren im Werte von 1 Mill. £, die während des Krieges von Deutschland in den besetzten europäischen Ländern beschlagnahmt wurden und sich gegenwärtig in der Schweiz befinden, sollen den geschnittenen Eigentümern zurückerstattet werden.

Zur Entlastung der Eisenbahnlinie Salzburg-Villach plant die österreichische Regierung eine direkte Verbindung Salzburg-Innsbruck über Reichenhall. Dadurch würde sich die Strecke Salzburg-Innsbruck um etwa 80 km verkürzen.

Amsterdam wird demnächst die erste Nachkriegsversteigerung von Javabak durchführen, zu der sich auch Ausländer beteiligen werden.

Die dänische Luftfahrtgesellschaft wies 1947 einen Fehlbetrag von 1,5 Mill. K. aus.

Norwegen hofft im Jahre 1948 eine halbe Million Tonnen Kohle aus Spitzbergen zu erhalten. — Die Russen werden, wie gemeldet wird, die Förderung ebenfalls aufheben.

Ein britischer Konzern plant die Schaffung einer Kunstseide-Industrie in Afrika, zu welchem Zwecke 10 Mill. £ zur Verfügung gestellt werden.

Die britische Strumpfwarenindustrie befürchtet eine Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, weil die Vorräte von Strümpfen aus Seide und gemischter Seide sich ununterbrochen anhäufen. Auch die Lager an Unterwäsche sind ständig im Zusehen begriffen.

In Dublin sollen die Verkaufspreise für irische Tuche gesenkt werden, weil ganz beträchtliche Vorräte von englischen und amerikanischen Lagen vorhanden sind.

Zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien soll ein Finanzabkommen abgeschlossen werden. Belgien wird rund 10 Mill. £ seines Sterlingguthabens von 27 Mill. £ an Frankreich ab-treten, das Großbritannien größere Ster-lingbeträge schuldet.

Die 6. Internationale Messe in Zagreb wurde in zehn Tagen von 286 000 Personen besucht, 14 ausländische Staaten waren als Aussteller vertreten.

Ungarn hat seit Kriegsende mit 19 Staaten Warenaustauschabkommen und mit 40 Staaten Zahlungsabkommen abgeschlossen.

Die Wiederaufbauarbeiten des Triester Hafens können als vollendet betrachtet werden. Lediglich die elektrische Instal-lation des großen Getreidespeichers, der 30 000 t füllt, bleibt noch fertigzustellen.

Durch die Kriegsergebnisse wurden Italien 44% der Eisenbahnbrücken, 60% der Dampflokomotiven und ungefähr 90 000 Waggons zerstört. Heute sind diese Schäden fast ganz behoben, außer-dem sind etwa 80% der Eisenbahn-linien elektrifiziert worden.

Wie Radio Moskau bekannt gibt, werden die russischen Fabriken in diesem Jahr 90 Mrd. Zigaretten liefern, wobei besonderer Wert auf die Verbesserung des dabei verwendeten Tabaks gelegt wird.

Die USA-Regierung wird voraussicht-lich 350 Mill. \$ zum Bau von Fabriken, die künstliches Benzin herstellen, zur Verfügung stellen. Die Finanzierung ver-teilt sich auf zehn Jahre.

Im Jahre 1948 wird sich die Erdöl-produktion in den USA um etwa 8% erhöhen, wenn keine Streiks oder Kata-strophen eintreten. Die Steigerung der Petroleumgewinnung läge damit beträchtlich über dem Kriegstand.

Die Vereinigung der Radiofabriken in den USA gibt bekannt, daß im ersten Vierteljahr 1948 118 027 Fernsehappa-rate hergestellt worden sind, gegen nur insgesamt 6 476 im gesamten Jahr 1946.

Die Vereinigten Staaten gewähren China eine Anleihe in Höhe von 36 Mill. \$ für die Beschaffung von Lebens-mitteln, Baumwolle, Rohöl und Düngemitteln.

Im Jahre 1939 erzeugte die kanadische Industrie Güter im Werte von 1 800 Mill. \$, im Jahre 1941 für 4 100 Mill. \$. Man erwartet, nach Verwirklichung der in Arbeit befindlichen großen Industrie-projekte jährlich für 4 900 Mill. \$ Waren zu erzeugen.

Da das Budget einen Überschuß von etwa 800 Mill. \$ aufweist, rechnet man in Kanada mit einem Abbau der indirekten Steuern. Die Einkommensteuer ist bereits im Vorjahr herabgesetzt worden.

Bis Juni 1949 sollen größere Mengen britischer Textilwaren zollfrei nach Kanada eingeführt werden, das, wie der kanadische Finanzminister erklärte, damit seinen dringenden Bedarf decken will.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz, Chefredakteur Oskar Kraemer; Stellvertreter: Dr. H. F. Geiler, Baden-Baden; verantwortlich für die Druckerei: Peter Becker, München. Zusätz-liches Verlagspostamt f. Franz. Zone: Kon-stantz; Amerik.-engl. Zone: Kittingen/Red. Satz u. Druck: Oberb. Verlagsanstalt Merk & Co. KG, Konstanz, und Badendruck GmbH, Karlsruhe. — Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mit-glieder erheben. Für unverlangt einge-laufene Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beiträge von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers versendete Ver-öffentlichung stellt lediglich dessen Privat-meinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Ver-wertung nur mit Quellenangabe. — Zur Zeit ist Anzeigen-Preisliste Nr. 3 gültig.

Dieses nicht abzuweisende Argument läßt nur noch deutlicher hervortreten, welche Schwierigkeiten sich der Lösung des Problems — eines ganzen Frage-n-komplexes — entgegenstellen, der sich unter der Bezeichnung Bürokratismus verbirgt. Wie der Schwarzhandel nicht einfach dadurch zu beseitigen ist, daß man, die ihn betreibenden, drakonisch bestraft, und er vielmehr erst dann keine aktiven und passiven Nutznießer mehr finden wird, wenn der Mangel an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern behoben sein wird, so wird auch dem Bürokratismus nur abgeholfen sein, wenn der Wirtschaft die Voraussetzungen einer natürlichen Entwicklung in freiem Wettbewerb zurückgegeben sein werden. Es wäre aber — so scheint es — auch damit die Axt noch nicht wirklich an die Wurzel gelegt! Wir hätten erst kürzlich behauptet, daß der Bürokratismus es in den Vereinigten Staaten von Nordame-rika — dem Land des freien Wettbewerbs par excellence. — zu besonderer Blüte gebracht habe und hier noch ganz anders

die Lage beherrsche als in den Ländern des europäischen Kontinents. Was als europäisches Problem erscheinen wollte, wird dadurch in den Rang eines Welt-problems erhoben. Nach dem Willen Roosevelts sollte sich die Zukunft der Menschheit auf vier Freiheiten gründen: die Freiheit der Rede und Meinungs-äußerung, die Freiheit eines jeden, Gott auf seine Weise zu dienen, die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht. Hielt es die Bedeutung der Frage über-schauen, wenn man den aufgezählten vier Freiheiten als fünfte die Freiheit von Bürokratismus angliedern wollte?

Im Rahmen des Wirtschafts- und sozialpolitischen Rats der Vereinten Nationen wurden 18 Ausschüsse ins Le-ben gerufen, die in ihrer Gesamtheit einen „Versuch zu internationaler Zu-sammenarbeit auf fast allen Gebieten menschlicher Tätigkeit und zu einer die ganze Welt umspannenden Koordination der Fragen, die alle Männer, Frauen und Kinder als Einzelwesen angehen, z. B.

Deutsche Eisenindustrie immer noch unrentabel

Mai-Produktion wird Aprilstand nicht erreichen

Von unserem Korrespondenten in Düsseldorf

Die Stahlerzeugung in Westdeutschland hat, wie wir bereits berichtet haben, im April 1948 mit 363.000 t zwar wieder einen neuen Rekordstand nach dem Kriege erreicht. Trotzdem ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Stahlproduktion in den nächsten Monaten oder im nächsten Jahr den im Marshall-Plan vorgesehenen Stand erreicht, wenn die Vorbereitungen für die Eisen- und Stahlproduktion keine gründliche Verbesserung erfahren. Der verhältnismäßig günstige Produktionsstand vom April, der durch überdurchschnittliche Kohlenlieferungen und fernere durch aussondernde Umstände zustande gekommen ist, dürfte bereits im Mai nicht mehr erreicht werden. Der im Marshall-Plan vorgesehene Produktionsstand für die Zeit vom 1. Juli 1948 bis zum 30. Juni 1949 beläuft sich auf 6 Mill. t Stahl, d. h. auf monatlich 500.000 t. Das günstige Aprilergebnis ist noch um mehr als 25% von diesem Ziel entfernt. Zu welchem Zeitpunkt von der westdeutschen Schwerindustrie die im revidierten Industrieplan zugelassene Stahlgüte von 10,8 Mill. t jährlich erreicht werden wird, entzieht sich zurzeit noch völlig dem Urteil der Sachverständigen, es mag noch einige Jahre dauern, ehe die westdeutschen Hütten- und Stahlwerke in diesem vorläufig noch überhöht erscheinenden Produktionsniveau hineingewachsen sind.

Erzeinfuhr

Um in den zurzeit wieder arbeitenden westdeutschen Stahlwerken 6 Mill. t Stahl jährlich zu erzeugen, ist die Einfuhr von mindestens drei bis vier Mill. t ausländischer Eisenerze nötig. Die Verhüttung der eisenschmelzenden Erze ist erstens ein kostspielig und gestattete darüber hinaus keine rationelle technische Ausnutzung der Hochofenanlagen. Der Hochofennüller muß einen gewissen Prozentsatz ausländischer Qualitätserze enthalten, wenn das Produkt technisch und qualitativ einwandfrei sein soll. Bisher konnten in den letzten Monaten insgesamt nur Verkaufsbilanz über etwa zwei Mill. t Eisenerze aus ausländischen Staaten getätigt werden: 1,4 Mill. t Schweden- und 600.000 t lothringische Minette und über 100.000 t brasilianische Erze sind bisher für die Eisenindustrie Westdeutschlands angekauft worden. Es scheitert zwar zurzeit noch Verhandlungen über weitere Lieferungen an schwedischen und lothringischen Erzen. Im Interesse der Kontinuität der Produktion wäre zu wünschen, daß diese Abhältnisse ebenfalls bald zum Erfolg führen würden.

Mangel an Arbeitskräften

Als besondrer Engpaß für die eisenschmelzende Industrie der Doppelzone muß die Arbeiterfrage gelten. Zur Zeit sind rund 110.000 Arbeiter in der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt. Diese Zahl reicht bei weitem nicht aus, um eine Jahresleistung von 6 Mill. t zu erzielen. Man rechnet in Westdeutschland damit, daß bei dem derzeitigen Leistungsstand noch weitere 50.000 Arbeiter in der eisenschmelzenden Industrie eingesetzt werden müßten, um das Produktionsziel des ersten Marshall-

Planjahres zu erreichen. Wenn sich jedoch die Einzelleistung des Hüttenarbeiters erheblich verbessert, wäre auch von dieser Seite her eine Lösung der Arbeiterfrage zu erreichen. Damit streifen wir jedoch bereits das dritte Problem der eisenschmelzenden Industrie, nämlich die unzureichende Ernährung der im Eisenwerk eingesetzten Arbeiter. Sie haben außerordentlich schwere und kräfteverzehrende Leistungen zu vollbringen und stehen in Bezug auf den körperlichen Kräfteaufwand gewiß nicht weit hinter den Untertagearbeitern des Kohlebergbaus. Wenn jedoch aus wirtschaftspolitischen Gründen in den letzten Jahren eine bedeutende Bevorratung des Bergmanns gegenüber allen anderen Berufstätigen erfolgt ist, so sollte damit nicht etwa die objektive Rangfolge der geleisteten Arbeit, sondern lediglich die besondere Wichtigkeit des Bergmannberufes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau gekennzeichnet werden. Die Benachteiligung der Hütten- und Stahlarbeiter ist zweifellos sozial ungerecht, sie läßt sich jedoch zur Zeit bei der allgemeinen bedrückten Versorgungslage noch nicht beheben. Wichtigster Ansatzpunkt für die Leistungssteigerung in der eisenschmelzenden Industrie ist daher nach wie vor eine Verbesserung der Ernährung. Hierdurch würde zugleich das Problem des Arbeitermangels gelöst werden können, da die heutige Durchschnittsleistung des Hüttenarbeiters nur etwa 30 bis 40% seiner Friedensleistung ausmacht.

Rentabilität

Wenn die Fragen der Rohstoffbeschaffung, der Arbeiterernährung und des Arbeitermangels sich unmittelbar produktionshemmend auf die Eisen- und Stahlindustrie auswirken, so stellt das Problem der Rentabilität mehr allgemein volkswirtschaftliche Erörterungen in den Vordergrund. Die kürzlich erfolgte Erhöhung des Stahlpreises um 66 RM je Tonne Rohstahlblock hat in keiner Weise die Rentabilität der eisenschmelzenden Industrie, die bereits während des Krieges ihre wirtschaftlichen Kalkulationsgrundlagen verloren hat, wiederhergestellt. Bisher erhält die westdeutsche Eisenindustrie für jede Tonne produzierten Rohstahls eine Subvention der Zonenhauptkasse von 50 RM. Nach der Erhöhung des Eisenpreises fällt diese Subvention um mehr als die Hälfte. Hierdurch hat sich aber nicht etwa eine finanzielle Verbesserung der Eisenindustrie ergeben, sondern die betriebswirtschaftliche Kalkulation hat sich weiter verschlechtert und neue Verschärfungen erfahren. Die gleichzeitig durchgeführte Erhöhung der Kohlenpreise wirkt sich natürlich auch auf den Eisenpreis aus, so daß ein Teil der Eisenpreiserhöhung, nämlich etwa 12,5 RM je Tonne, bereits von vorneherein als Anteil des verneierten Kohlenpreises abgezogen werden muß. Falls sich nun auch noch die Preise sowohl für Erz als auch für Schrott erhöhen — für Schrott ist eine Erhöhung von 43 auf 50 RM je Tonne vorgesehen, für Erz ist eine Heraufsetzung durch den neuen Außenhandelsumrechnungskurs in Kürze zu erwarten

— wird für die Eisen- und Stahlindustrie folgende Überlegung aktuell: von der nominalen Preissteigerung um 66 RM bleiben als echte Preiserhöhung nur 34 RM je Tonne übrig, wenn die neuen Preise für Kohle, Schrott und Erz einkalkuliert worden sind. Dieser Preiserhöhungsgewinn von 34 RM stand bisher eine Subvention von 50 RM je Tonne gegenüber, so daß die eisenschmelzende Industrie Westdeutschlands vom rein betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus heute sogar noch schlechter gestellt ist als vor der Preissteigerung. (Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß das Verdrängen der Subvention auf jeden Fall zu begrüßen ist, auch wenn nur etwa zwei Drittel des bisherigen Subventionsbetrages durch eine echte Preiserhöhung ausgeglichen werden.) Zur Zeit finden beim Wirtschaftsrat in Frankfurt Verhandlungen statt, auf welche Weise dieses Loch in der Rentabilität der westdeutschen Eisenindustrie gestopft werden kann.

Transport

Wir haben bisher nur die größten

Hindernisse aufgezählt, die eine Gefährdung der deutschen Eisenproduktion in nächster Zeit bedeuten. Hiermit ist die Liste der hemmenden Einflüsse, die von allen Seiten auf die Schwerindustrie in Westdeutschland einwirken, jedoch noch nicht erschöpft. Es sei z. B. an das Transportproblem erinnert, das sofort akut wird, sobald die Eisenindustrie in das ihr zugedachte Produktionsoll des Marshall-Planes hineinwächst. Man hat ausgerechnet, daß für die Erzeugung von 6 Mill. t Stahl rund 36 Mill. t Kohle, Erz und Hilfsstoffe aller Art bewegt werden müssen. Dies stellt jedoch die westdeutschen Verkehrsträger zur Zeit noch vor ein ungeheures Problem, so daß also auch von der Verkehrsseite her eine Gefährdung der Stahlproduktion zu erwarten ist.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Hemmnisse, die einer planmäßigen Ausnutzung der westdeutschen Schwerindustrie noch im Wege stehen, nur beseitigt werden können durch eine großzügige und über das Maß der bisher bewilligten Mittel hinausgehende Hilfe des Marshall-Planes. Wenn die Initialzündung nicht ausreicht, die die westdeutsche Wirtschaft aus Amerika erhalten soll, dann darf niemand erwarten, daß die Motoren wieder auf volle Touren kommen. dd.

RUHR-KOHLNFÖRDERUNG

(entsprechlich Aachen und Ibbenbürener Revier)

Tagesdurchschnitt in 1000 t

230.000 t 300.000 t

2. Halbjahr 1947	244,3 t
1. Vierteljahr 1948	265,5 t
Monat April	268,3 t
1. Maiwoche	265,8 t
2. Maiwoche	265,4 t
20. Mai	264,4 t
21. Mai	260,0 t
22. Mai	264,7 t
24. Mai	266,7 t

Exportmesse in Hannover eröffnet

Von unserem nach Hannover entsandten Sonderkorrespondenten

dd Hannover. Der unfertige Zustand, in welchem die diesjährige hannoversche Exportmesse am Samstag der Öffentlichkeit übergeben worden ist, gilt als Symbol für den deutschen Außenhandel. Sowohl System als auch Umfang des derzeitigen deutschen Exportes entsprechen bei weitem nicht wieder den Anforderungen, die für die Exportexistenzsicherung der Bevölkerung gestellt werden müssen. Aber ebenso wie die bei der Eröffnung noch nicht ganz fertiggestellte Exportmesse auch ohne entsprechenden äußeren Rahmen schon ihre Funktionen erfüllen soll und — wie Meldungen über die ersten Verkaufsbilanz zeigen — auch tatsächlich erfüllt hat, mag auch der deutsche Außenhandel trotz der schweren Hindernisse, denen er sich noch gegenübersehen muß, doch ausnahmslos in jene Aufgaben hineinwachsen, die ihm gestellt sind.

Erweitertes Warenangebot

Der erste Rundgang durch das Ausstellungsgelände zeigte trotz der zahlreichen noch rückständigen Installationsarbeiten, daß das Warenangebot diesmal weit größer ist als im vergangenen Jahr. Wir haben bereits in Nr. 20 davon berichtet, daß die Ausstellungsfläche und die Ausstellerezahl sich beträchtlich erhöht haben. Diesmal sind rund 2000 Aussteller aus den acht Ländern der Doppelzone und aus den westlichen Sektoren Berlins auf rund 60.000 qm Ausstellungsfläche vertreten. Besonders bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß das Schwergewicht zwar immer noch bei den Ländern der britischen Zone, vor allem bei Rheinland-Westfalen liegt; da aber von der anderen Seite die süddeutschen Länder ihre Beteiligung ganz erheblich verstärkt haben, damit ist die Exportmesse Hannovers teilweise schon

über die engeren Regionen hinausgewachsen, die sie vielfach im Vorjahr noch hatte, obwohl sie auch damals schon als Messe der Doppelzone galt. Die bisherige Beteiligung der Aussteller auch vom Süddeutschland läßt jedoch nicht übersehen, daß auch diesmal noch ganz erhebliche Nachteile in Kauf genommen werden müssen. Es wird allgemein bedauert, daß die französische Zone durch keinen einzigen Aussteller in Hannover vertreten ist. Daß die Sowjetzone in Hannover nicht vertreten ist, nimmt weiter nicht wunder. Die Russen haben nicht einmal Sonderzüge für ostdeutsche Besucher erlaubt.

Produktions- und Verbrauchsgüter

Wenn man durch die acht Hallen und über das ausgedehnte Freigelände der bisherigen hannoverschen Exportmesse geht, — zwei große Hallen sind im letzten Jahr hinzugekommen — dann sieht man, daß sich das Schwergewicht von den Verbrauchsgütern auf die Produktionsgüter verlagert hat. Die Gruppen der Maschinen- und Eiswaren, der landwirtschaftlichen Geräte, der chemischen Industrie und der Elektroindustrie haben sich gegenüber dem Vorjahr auffallend verbessert und sie geben eine Übersicht, daß das derzeitige Produktionsprogramm dieser Industriezweige in der Doppelzone besonders eindrucksvoll ist. Die Ausstellung der Autoindustrie besteht ebenfalls mit Ausnahme der Firma Opel aus Firmen der Doppelzone.

Aber auch die Verbrauchsgüterindustrie stellt diesmal in Hannover besonders eindrucksvoll ihre Exportfähigkeit unter Beweis. In Halle 3 sind Textil- und Bekleidungsindustrie untergebracht, und es dürften bereits in den ersten Tagen die zahlreichen ausländi-

schen Besucher, vor allem aus Skandinavien und Holland, lebhaftes Interesse für die Textilherstellung der Doppelzone bekundet haben. Große Aufmerksamkeit finden auch die Erzeugnisse der Glas-, Porzellan- und Keramikindustrie, der Schmuck- und Galanteriewaren. Die bayrischen Firmen dieses Zweiges haben bereits in den ersten Tagen größere Auslandsaufträge verbuchen können. Auch für die Musikinstrumentenindustrie und Spielwaren zeigte sich in den ersten Tagen bereits lebhaftes Auslandsinteresse. Es muß abgewartet werden, wie weit sich der lebhafteste Auslandsbesuch — bereits in den ersten beiden Tagen wurden 1200 Ausländer gezählt, deutsche Besucher bisher nur 26, und insgesamt werden rund 5.000 ausländische Gäste erwartet — im Laufe der vierwöchigen Messe in Auslandsaufträge umsetzen wird. Es ist für eine Erweiterung der Exportbilanz alles getan worden, um die notwendigen Formlichkeiten schon auf der Messe abzuwickeln, solange auch die Exportlizenzen der interessierten ausländischen Staaten einzuholen, und es kann damit gerechnet werden, daß diesmal ein höherer Prozentsatz der Exportaufträge zur Durchführung gelangen wird als im vergangenen Jahr.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Auftragbestand des Auslandes sich auf der vorjährigen Exportmesse auf 31,6 Mill. Dollar belief. Hiervon sind bisher aber nur 10% tatsächlich abgewickelt worden. 17% der Aufträge sind aus den verschiedensten Gründen bisher wieder rückgängig gemacht worden; für weitere 25% liegen die Importlizenzen derzeit vor, aber über den Rest von 50% besteht zur Zeit noch Ungewißheit. Es muß damit gerechnet werden, daß ein großer Teil hiervon ebenfalls rückgängig gemacht werden wird. Dieses enttäuschende Ergebnis muß diesmal vermieden werden, und wir können sowohl bei den deutschen wie bei verschiedenen ausländischen Büros auf der Exportmesse feststellen, daß allenthalben gewisse Vorbereitungen getroffen worden sind, daß kommende Aufträge auch tatsächlich abgewickelt werden können.

Es ist vielfach die Meinung vertreten worden, daß es zur Ankorbelung des deutschen Exportes vorläufig noch keiner mit vielem Aufwand aufgebaute Exportmaßnahmen bedarf, solange der größte Teil des Doppelzonen-Exportes aus großen Gütern, wie Kohle, Holz, Schrott und Kall besteht. Diese Einwände dürften jedoch nicht berechtigt sein, denn es kommt ja gerade darauf an, den Ausländer wieder mit den deutschen Qualitätserzeugnissen bekannt zu machen. In Zukunft darf überhaupt das westdeutsche Exportvolumen noch ganz erheblich gesteigert werden, wenn der im Marshall-Plan für 1948 vorgesehene Export der Doppelzone erreicht werden soll. In den ersten vier Monaten 1948 sind aus der Doppelzone insgesamt nur Waren im Werte von 140 Mill. Dollar ausgeführt worden. Dies stellt trotz eines erheblichen Fortschritts gegenüber 1947 dar. (Gesamtexport 1947 222 Mill. Dollar.) Wenn man jedoch in Rechnung stellt, daß der Gesamtexport 1948 sich auf 730 Mill. Dollar belaufen soll, dann kann man ermaßen, wie weit sich der Außenhandel der Doppelzone zur Zeit im Rückstand befindet.

Es wird die wesentlichste Aufgabe der hannoverschen Exportmesse sein, diesen Rückstand wenigstens aufzuheben. Die Ergebnisse der ersten Tage bieten Anlaß zu einer günstigen Prognose. So dürften kurz nach Eröffnung mehrere hundert Volkswagen an Holland verkauft worden sein, andererseits ist jedoch nicht zu erwarten, daß die hannoversche Messe ein Wunder vollbringt und den Anschluß an die besondere Exportplanung erreicht.

Am Ausguck:

Washington — Moskau — Jerusalem

Die Spannungsteigerung in der politischen Weltlage, die durch den Krieg in Palästina, durch die Vorgänge in Finnland und durch die fortwährende Rivalität um Berlin hervorgerufen wurde, hat dem Briefwechsel Wallace—Stalin aus weiterhin die Aktualität gesichert. Die Beziehungen zwischen Washington und Moskau sind für das Schicksal der Welt von so entscheidender Bedeutung, daß in der vergangenen Woche kein Tag vergangen ist, an dem nicht in der gesamten Weltpresse darüber diskutiert worden wäre. Fast jeder Artikel stellte neue Gesichtspunkte über den Meinungs- und Notenaustausch zwischen den USA und der Sowjetunion zur Debatte. Neue Tatsachen beleuchteten die Situation beinahe täglich. Zweifellos ist es Henry Wallace gelungen, durch seinen Brief an Stalin und durch dessen schnelle Reaktion die gesamte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich zu lenken, wobei allerdings die Frage offen bleibt, ob diese Aktion nicht weit mehr von Gedanken des Wählerfanges als von der wirklichen Sorge um den Weltfrieden beeinflusst war. Wohl hat die prompte Antwort Stalins für das State Department in Washington eine schwierige Situation geschaffen, denn die Unklarheit über den Hintergrund dieser Diplomatie erleichtert es Wallace, an der Politik Marshall's Kritik zu üben und im Wahlkampf eine Anzahl Stimmen auf Kosten Trumans zu gewinnen. Wenn Moskau Wert auf eine auch nur vorübergehende Herabminderung der Spannung Wert gelegt haben würde, dann hätte es aber nicht nur die Friedenspläne eines Linkspolitikers, der nicht die geringste Aussicht hat, mehr als einen Achtungserfolg bei den Herbstwahlen zu erringen, beifällig aufnehmen dürfen. So konnten die Verschlüsse Wallace's höchstens Eindruck auf

die zwar gutgläubigen, aber wenig urteilsfähigen Kreise machen, die in Verhandlungen und Konferenzen ein wirksames Alibi-Mittel sehen und keinen Sinn dafür aufbringen, daß Verständigungsversuche unter den heutigen Bedingungen ergebnislos sein müßten, da nicht nur in der potentiellen, sondern auch in der tatsächlichen Macht das Gleichgewicht zwischen den Westmächten und der Sowjetunion gestört ist. Treffend sind die Aussichten über diese Möglichkeit von der „New York Herald Tribune“ geschildert worden, wenn sie schreibt: „Nehmen wir an, es würden Zugeständnisse nach der Art, wie sie Henry Wallace anregt, gemacht. Nehmen wir tatsächlich an, den Sowjets würden Korea, die Dardanellen, Berlin und Wien zugeworfen gegen das Versprechen, ihren Druck auf Griechenland, Iran und anderswo einzustellen. Dann wäre die Welt sicher aufgeteilt, wenigstens vorübergehend. Aber das Ubel liegt eben darin, daß diese Teilung nicht von Dauer wäre. Die Sowjetkräfte der Welt würde als gewaltiges monolithisches Reich organisiert. Die nichtsozialistische Hilfe würde ein bloßer Haufen unabhängiger Nationen bleiben, die nur lässig und von Fall zu Fall zusammenarbeiten würden. Das Sowjetreich, ungeheuer gestärkt durch die neuen Zugeständnisse, würde schließlich den Druck an den Grenzen auf die Außenwelt wieder aufnehmen. Die Versuchung, so zu handeln, wäre unwiderstehlich. Und die nichtsozialistische Welt würde, geschwächt durch den Verlust lebenswichtiger strategischer Punkte, uneinheitlich und desorganisiert dem Widerstand gegen den Sowjetdruck unendlich schwieriger finden als beizulegen. Da liegt der Kern des Übels. Eine rein künstliche Teilung jedes Gebietes, die ganze Welt umfassend, ist

immer möglich zwischen Diktatoren. Wenn die Kräfte derart ausgeglichen sind, daß jeder Diktator stets zögert, den anderen anzugreifen, könnte sich eine solche Regelung als etwas Dauerhaftes erweisen. Aber diese Art künstlicher Aufteilung des territorialen Kuchens ist nicht möglich, ist in Wahrheit furchtbar gefährlich, wenn der eine Partner an diesem Geschäft der rücksichtslosen Diktatur eines gewaltigen monolithischen Reiches ist und der andere Partner der Präsident eines demokratischen Landes, der Gebiete weggibt, die nicht ihm gehören. Wenn Präsident Truman die Welt mit Stalin teilen soll, muß Truman zuerst selbst ein Stalin werden.“

Während die Divergenz zwischen Ost und West fast allen strittigen Problemen unserer Welt gemein ist, spiegelt selbsterweise der Krieg in Palästina diesen fundamentalen Gegensatz noch nicht wider. Die USA und die Sowjetunion waren die ersten, die den neuen jüdischen Nationalstaat zum mindesten de facto anerkannt haben. Aber der Jubelsturm des jüdischen Volkes über die rüchliche Erfüllung seiner Wünsche erstreckte im Dunne der Kanonen. Wer sich noch in der Illusion gewirgt hatte, die UNO könnte den Juden und Arabern den Frieden geben, wird nun wohl durch die jüngsten Vorgänge in Palästina klar sehen. Der alte Genfer Völkerbund raffte sich im italienisch-äthiopischen Konflikt wenigstens noch zu Sanktionen auf. Der Sicherheitsrat aber begnügte sich mit der Aussendung eines Boten ohne Machtmittel und mit der Ausgabe eines Fragebogens, bei dem man sich stritt, ob er an die „provisorische Regierung Israels“ oder „die jüdischen Behörden in Palästina“ zu richten sei. Er wird aber auch in beantwortetem Zustand die Lage nicht klären. Es hat den Anschein, daß letzten Endes doch die Waffen den Ausschlag geben werden. Dies um so mehr, als es heute schon

UNO-Staaten ablehnen, sich an einer Intervention zu beteiligen.

Zum moralischen und humanitären Aspekt des Palästina-Konfliktes gehört aber auch die Tatsache, daß seit 1946 am Ende eines jeden Krieges die Sühne steht. Wäre es nicht so erschreckend, man könnte sich eines fragenden Erstaunens nicht erwehren, wenn man die Berichte über die Kampfhandlungen um Jerusalem verfolgt. Ihre Sprache ist uns aus dem letzten Kriege leider noch allzu gegenwartsnah. Wir möchten nur wenige Sätze zitieren: „Angesichts des fanatischen jüdischen Widerstandes“, so meldete z. B. Reuter aus Kairo, „sind die Araber gezwungen, zur Vermeidung unnötiger Verluste ihrer Truppen rücksichtslosen Gebrauch von der Artillerie zu machen. Es ist bezeichnend für die Verheertheit der Kämpfe, daß auch die kulturellen und historischen Bauten in keiner Weise mehr geschont werden... Gefangen gibt es nicht. Niemand ist entkommen.“

Wie wir uns erinnern, hat Telford Taylor auf einer Pressekonferenz in weiser Voraussicht einen ständigen Gerichtshof zur Aburteilung von Kriegsverbrechen verlangt. Daran scheint bisher in Palästina weder die eine noch die andere Seite gedacht zu haben. Wer den modernen Krieg kennt, weiß, welche Mengen von Sprit und Munition die modernen Waffen benötigen. Wer stellt und finanziert sie? Wer liefert Panzer- und Sprengzornaten, Minen und Bomben? Wer das tut, wird sich, seit es einen Internationalen Gerichtshof zur Aburteilung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gibt, am Ende eines jeden Krieges als Angeklagter zu verantworten haben. Wer wird den Verlierer in Palästina verurteilen? Das alles sind Fragen, die erst die Zukunft zu beantworten haben wird. Uns Deutsche mag der bis jetzt positive Verlauf der Londoner Verhandlungen in der Hoffnung bestärken, daß Recht bleibt, was Recht ist. rt.

Wir greifen auf:

Selbstbereinigung

Es mehren sich die Meldungen, daß Waren, die nicht zum unbedingt lebensnotwendigen Bedarf gehören, von der Bewirtschaftung befreit werden. Im Zuge der Wünsche, die an dieser Stelle immer wieder geäußert wurden, muß die Entwicklung als erfreulich bezeichnet werden. Gleichseitig mit solchen Meldungen wird aber immer öfter angegeben, daß auch die Behörden sich nicht an die Bewirtschaftungsbestimmungen gehalten haben und sich für ihren Bedarf des freien Marktes, dem man üblicherweise als Schwarzen Markt bezeichnet, bedienen.

Bei dieser Sachlage wird es nun nahe liegen, daß die Behörden von sich aus eine Bereinigung ihrer Einkaufspraxis vornehmen. Man könnte etwa daran denken, daß so in einer Art Eigenüberprüfung wieder normale und mit dem Gesetz in Einklang zu bringende Beschaffungsmodalitäten geschaffen werden.

Von zwei Seiten müßte man an diese Aufgabe herangehen. Erstens sollte man die Bestimmungen abbauen, gegen die man selbst verstoßen hat; denn wenn sogar eine Behörde sich über eine Anordnung hinwegsetzen muß, dann ist dies Beweis genug für die Unhaltbarkeit der Vorschrift. Dies darf allerdings nicht so weit gehen, wie es in dem an dieser Stelle bereits kritisierten Baustoffgesetz, das nur die privaten Unternehmer unter besondere Strafbestimmungen bei Übertretung stellte. Hat man einmal alle die Bestimmungen beseitigt, die auch für die Erfüllung der behördlichen Aufgaben hinderlich waren, dann könnte man dem ersten Schritt den zweiten folgen lassen und alle mit den neuen Bestimmungen nicht in Einklang zu bringenden Geschäfte untersuchen. Man geht in sich, zieht einen Schlußbericht unter die alte Praxis und stellt in einem verwaltungsrechtlichen Verfahren noch einmal die zurückliegenden Geschäfte unter eine richterliche Entscheidung. Um dies zu vermeiden, könnte man auch eine Amnestie genereller Art für diese Geschäfte erlassen. Damit würde auch manchem Beamten, der bona fide gehandelt hat, ein Stein vom Herzen fallen.

Irgend etwas muß in dieser Richtung geschehen, damit der anständige Beamte wieder innerlich frei arbeiten kann. Auch für den privaten Kaufmann würde sich aus einer solchen Bereinigung bei den Behörden und aus dem Falllassen von Bestimmungen, die nicht mehr mit der Praxis in Einklang zu bringen sind, die Aussicht ergeben, meistens wieder zu Geschäftsmethoden zurückzukehren, die dem Gesetz entsprechen und, zweitens den Verkehr mit den Behörden in eine Form zu bringen, die beiden der Wirtschaft und dem Staat förderlich sind. X.

2,3 Mrd. Schulden der Doppelzone

Der Generaldirektor der JEIA gab vor einigen Tagen bekannt, daß die Auslandsschulden der Doppelzone für Lebensmittelinflüsse bereits 2,3 Mrd. \$ betragen. Für 1945 wurden 500 Mill. \$ für 1946 und 1947 je 700 Mill. \$ vorgeschossen, für das laufende Jahr sollen 800 Mill. \$ ausgegeben werden. Diese Summen müssen zu einem späteren Zeitpunkt aus den Einnahmen des „steigenden künftigen Exports der beiden Zonen“ zurückerstattet werden. Die in diesem Zusammenhang irgendwo die berechnete Frage, ob die Doppelzone diese Lebensmittel zu Weltmarktpreisen bezahlen müsse, obwohl sie für ihre Exporte in den meisten Fällen keine Weltmarktpreise erhalte, wurde nicht beantwortet. Die Frage interessiert vor allem auch, weil der Dollarbestand der JEIA auf einem toten Punkt angelangt ist.

Sollten tatsächlich für Getreide, Mais, Feigen, Datteln, Rosinen und Pfirsichfleisch, kurz für die Lieferungen an die Doppelzone, Weltmarktpreise gezahlt und dafür die Industrieerzeugnisse unter den Weltmarktpreisen exportiert werden, dann kann der amerikanische Steuerzahler die nächsten 1000 Jahre an die Rückzahlung dieser Schulden warten. Man hat leider die Heune, die da goldene Eier hätte legen können, bei lebendigem Leibe so gerupft, daß sie am Verenden sit. ha.

»Schutzbriefe für Privatbetriebe«

Den Polen scheinen die verstaatlichten Betriebe doch etwas schwerfällig zu sein. Es dürfte dieses mit ein Grund sein, weswegen sie sich nicht mehr so stark an die Verstaatlichung aller Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern und Angestellten klammern, wie das Anfang 1946 der Fall war. Der stellvertretende polnische Industrieminister, E. Szyr, hat nun in einem Erlaß die Ansetzung von sogenannten „eisernen Schutzbriefen“ für neugegründete oder in Zukunft neu zu errichtende private Industrieunternehmen angeordnet. Wenn in einem Betrieb erst nach dem gesetzlichen Stichtage der Verstaatlichung die Zahl von 50 Beschäftigten überschritten wird, so darf er weiterhin in Privatbetrieb verbleiben. Die „eisernen Schutzbriefe“ werden von den höchsten Provinzialbeamten unterzeichnet, was als Krönung und Sicherheit angesehen werden soll. Die kommunistischen Wirtschaftspolitiker des Landes begründen dieses

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Von deutschen und Besatzungsbehörden wird die Schiffbarmachung der Mosel erwogen, um eine wichtige Wasserstraße für die gesamte westdeutsche, luxemburgische und französische Industriegebiet zu schaffen. Die Regulierung der Wasserstände wurde in einer Trierer Stadtverordneten-Sitzung als erstes Ziel gefordert, zuerst unterhalb Triers in Form einer Notfahrtrinne, dann über Trier hinaus bis Perl durch Baggerung und Felsprengung. Die Bauzeit ist auf drei Jahre veranschlagt. Die Moselregulierung bei Koblenz wurde bereits 1941 begonnen, mußte aber in den letzten Kriegsjahren eingestellt werden.

In St. Goar wird ein Schiffsfahrtsgericht eröffnet, das für das Mittelrhein-Gebiet rechtsrheinisch von Rheinfriedrich bis Kaub, linksrheinisch von Rolandseck bis Bingen, einschließlich der Nebenflüsse Mosel und Lahn (ab Zonengrenze bis zur Mündung), zuständig und dem Oberlandesgericht Koblenz unterstellt ist.

Im gesamten Gebiet der nordfranzösischen Zone ist in diesem Jahre — falls die Witterung günstig bleibt — mit einer guten, über dem Durchschnitt stehenden Obst- und Konserveernte zu rechnen. Die Obst- und Konserveernte treffen eingehende Vorbereitungen, um einem starken Obstanfall gewachsen zu sein. Man rechnet mit größeren Zuckererzeugnissen, so daß

qualitativ hochwertige Erzeugnisse hergestellt werden können.

In diesem Jahre ist im Gebiete der nordfranzösischen Zone mit einer stärkeren Heilung des Fremden- und Kurverkehrs zu rechnen. In fast allen größeren Fremdenverkehrsplätzen stehen wieder ausreichende Unterkunftsleistungen zur Verfügung. Der Aufbau stark zerstörter Gaststätten und Hotels schreitet langsam vorwärts.

In der Magener Basaltindustrie werden gegenwärtig über 1300 Arbeitskräfte beschäftigt. Mehrere neue Betriebe, die bereits eine gute Entwicklung genommen haben, wurden eröffnet. Die Gesamtproduktion des Mayener Basaltvorkoms betrug im vergangenen Jahre fast 620.000 t.

Im Distrikt Dolladieu bei Trarbach wird ein Betrieb für Schieferbergbau und Verwertung eröffnet. Das Gestein wird in besonderen Mahlwerken zerkleinert und dient der Herstellung von Steinplatten und Hohlformkörpern. Die Steine eignen sich für die verschiedensten Bauwerke und helfen mit, die Not auf dem Gebiete des Baustoffmangels zu lindern.

Im oberen Westerwald sind mehrere Gemeinden und Betriebe dabei, vor Jahren versandete und verschlickte Tonfelder wieder abbaufähig heranzurichten. Die Herstellung von saure- und feuerfestem Steinmaterial konnte steigert werden.

Englische Zone

Im Ruhrgebiet sind seit dem 1. April 1946 rund 170.000 Neubergleute angelegt worden. 68.000 Mann kamen — einer Feststellung der Austauschstelle Bergbau des Landesamts zufolge — von außerhalb des Reviers, davon 30.000 aus Nordrhein-Westfalen. Aus Süddeutschland kamen bis jetzt 12.000 Mann.

In der Frage der Zusammenarbeit zwischen den beiden bestehenden Partikulierschiffverträgen auf der deutschen Rheinstrecke, dem Zwangsverband „Schiffbetriebsverband für den Rhein“ und dem Partikulierschiffverband „Jus et Justitia“ ist es durch Annahme der von der Hauptverwaltung Binnenschifffahrt ausgearbeiteten Schneggen zu einer Einigung gekommen. Der Zwangsverband bleibt bestehen, aber den Mitgliedern wird weitgehendes Selbstbestimmungsrecht eingeräumt.

Nachdem zunächst eine Vertretung der ostdeutschen Betriebe ostwärts der Oder-Neisse-Linie bei der Industrie- und Handelskammer Hamburg gebildet wurde, ist nunmehr auch eine Landesgeschäftsstelle für Nordrhein-Westfalen mit dem Sitz in Düsseldorf, Grabenstraße 19-23, errichtet worden.

Die in der britischen Zone gelegenen Bahnhöfe Neunkirchen, Burbach, Würzgendorf und Niederdressendorf (Kreis Siegen) an der Strecke Bendorf-Haiger, sind aus dem Bezirk der Eisenbahndirektion Mainz ausgeschieden und von der Reichsbahndirektion Frankfurt am Main übernommen worden.

Das Westf. Wirtschaftsarchiv, Dortmund, (bei der Industrie- und Handelskammer), das während des Krieges seine Tätigkeit weitgehend einstellte, arbeitet wieder und macht es sich zur Aufgabe, Wirtschaftsakten, so vor allem Akten von Handelskammern, Verbänden und privaten Unternehmen zu sammeln und sicherzustellen.

Die für die Zeit vom 17. Juli bis 29. Aug. 1948 in Düsseldorf vorgesehene Landes-Ausstellung Rheinisch-Westfäl. Wirtschaft ist mit Rücksicht auf die unzureichenden

baulichen Zustände der Ausstellungs-räume und weiter mit Rücksicht auf die ungeklärte Wirtschaftslage bis zum Frühjahr 1949 hinausgeschoben worden.

Der Hüttenwerke Jlsede-Peine AG. in Peine ist im Rahmen des 6. Mill. t-Rohstahlprogramms ein Erzeugnis von 25.000 t Rohstahl pro Monat aufgelegt worden, durch das ein zusätzlicher Arbeitskräftebedarf von 250 Mann erforderlich wird. Im Zusammenhang damit muß auch die Erzbergbau Jlsede AG. eine Erhöhung der Förderleistung anstreben.

Die Gontermann-Peipers AG. für Walzengieß und Hüttenbetrieb in Siegen im Westfalen hat das ihr gehörige Hochofenwerk II, die Eiserfelder

Hütte in Eiserfeld, an einen Privatunternehmer veräußert. Eine Konzeption zur Wiederaufnahme des Hochofenbetriebes liegt noch nicht vor. Die Gontermann-Peipers AG. besitzt auch ein zweites Hochofenwerk, die Hainer Hütte im Siegerland, die anlässlich der Interessengemeinschaft mit der Peipers & Co. AG. für Walzengieß im ihren Interessenskreis hineinbezogen worden ist.

Im Bereiche der entleerten Klücker-Werke benötigt die Osnabrücker Stahlwerke AG. für die Erhöhung der Produktion 800, und die Georgsmarienhütte bei Osnabrück im Zusammenhang mit der Ingangsetzung

eines 3. Hochofens, 600 Fach- und Hilfsarbeiter.

Bei der Erbsbergbau Salzgitter GmbH (Reichswerke) sind die Sinterabrupe aus dem Westen so gestiegen, daß die Förderung von 9000 t monatlich auf 178.000 t gesteigert werden muß.

Man nimmt an, daß das Stahlwerk in Wehbach (Siege) eventuell noch in diesem Sommer in Betrieb genommen wird. Anschließend soll auch die Platinenstraße die Tätigkeit aufnehmen. Auf der Friedrichshütte in Herdorf werden Vorbereitungen getroffen, um einen dritten Hochofen anzublasen.

Ostzone

Das abschließende Ergebnis der Bodenreform in der Ostzone schließt mit 3,04 Mill. ha Land ab, das endgültig verteilt worden ist. Im einzelnen wurden 2,12 Mill. ha Neubauern übergeben, während der Rest in Staats- und Gemeindebesitz übergegangen ist. Die Eintragungen in die Grundbücher sind abgeschlossen. Die alten Grundbücher wurden verbrannt (1). Interessant ist, daß die Baulichkeiten und technischen Anlagen der auf vielen Gütern bestehenden Brennereien größtenteils abgebaut worden sind. Das dabei angefallene Baumaterial wurde für die Erstellung von Neubauern-Siedlungshäusern verwertet. Vielfach sind auch die alten Gutshäuser abgerissen worden, um, wo Steine und sonstige Baustoffe fehlten, für Neubauten verwendet zu werden.

Neuerdings hat der Befehl der Zuckerrübenpflanzern mit dem Rübenkläfer (Rübenbrüchler) den Rübenpflanzern der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen erhebliche Sorgen bereitet. Der Schädlings verbreitet sich mit ungläubiger Geschwindigkeit und frißt die Rübenblätter kahl. Die Abwehrmaßnahmen werden zunächst manuell durchgeführt, doch erfordert Massenbefall die Anwendung chemischer Mittel (Stäube-Gesaro, oder, wenn die Rüben aufgelaufen sind, Stäubebrun).

Die Landesversicherungsanstalt von Sachsen-Anhalt ist nach ihren Beständen an Versicherungen die zweitgrößte der gesamten Ostzone. Sie hat bisher 2,6 Millionen Abschlässe erzielt, davon 0,64 Mill. Pflichtversicherungen, 1,2 Mill. frei-

willige Versicherungen, 0,67 Lebens- und 80.000 Krankenversicherungen. Aus dem Versicherungsbestand der früheren Gesellschaften, die seit 1945 in der Ostzone nicht mehr arbeiten dürfen, wurden 548.000 Abschlässe mit einem Kapital von 398 Mill. RM übernommen.

Ein Institut für Betriebsgestaltung, dem Industrie-Seminar Sachsen-Anhalt in Halle angegliedert, erhielt jetzt den Charakter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Mit den Arbeiten dieses Instituts wurden für den ostzonalen Erfinderschutz neue Wege beschritten. Der Erfinderschutz befaßt sich mit der Begutachtung eingereicher Verfahrensschriften und vermittelt bei brauchbaren Vorschlägen die Übertragung auf die Praxis. Die gewährten Vergütungssätze erscheinen allerdings mäßig. So wurden z. B. für die Erfindung, die eine weitgehende Umwälzung in der künftigen Braunkohlenverfeuerung einleitet, ein amtliches Dankediplom und eine „Sonderprämie“ von 1000 RM gewährt. Über die weitere finanzielle Beteiligung des Erfinders verläuft bisher noch nichts Greifbares. Die Deutsche Wirtschaftskommission will sich nach den Erfahrungen in Sachsen-Anhalt in der Abteilung Technik-Konstruktive Koordinierung mit Erfindungen beschäftigen. Am 9. Juli soll erstmalig in einer Sitzung über die praktische Erfinderbetreuung beraten werden.

In Magdeburg wurde kürzlich die größte Krümmer-Aufbereitungsanlage der sowjetischen Besatzungszone von 12 Bauformen in Gemeinschaftsarbeit fertiggestellt. Auf einem 39 m langen Transportband wird das zerklüftete Material zu dem 13 m hohen Silo befördert, dessen 5 Zellen insgesamt 110 cbm Trümmersplitt verschiedener Körnung aufnehmen können. Die Gesamtanlage verarbeitet in 50 Sekunden den Inhalt einer mit Trümmerschutt beladenen 1-cbm-Lore und kann täglich 500 cbm oder 700 t Bauschutt aufbereiten.

Einer Verleubarung der Werkleitung zufolge werden die Fabrikanlagen der Torgauer Glashütte im Laufe des Jahres erweitert. Außer einem neuen Laboratorium wird ein zweites Wasserwerk errichtet und der Maschinenpark um drei Generatoren vergrößert. Seit Beginn dieses Jahres produziert Torgau monatlich 450.000 qm Fensterglas.

Die „Berliner Holzkontor AGV“, die nach dem Zusammenbruch durch Kriegs- und Demontageschäden völlig stillgelegt war, hat das zerstörte Sägen- und Imprägnierwerk Oderberg durch die Aufstellung eines fliegenden Ringtätter-Sägewerks wieder in Gänge gesetzt und auch das völlig zerstörte Formierwerk in Berlin O. durch Montage neuer Maschinen wieder in Betrieb genommen. Die Eigentumsverhältnisse der beiden Werke, die beschlagnahmt wurden, sind noch nicht endgültig geklärt.

Amerikanische Zone

Der direkte Telefondienst zwischen den Westzonen und Brasilien wurde eröffnet. Die Gebühr für ein Dreiminuten-Gespräch beträgt in Brasilien 16,50 oder 18,60 \$.

Die Salamander-Schuhfabrik AG. Kornwestheim bei Stuttgart, erdrierte jetzt in Bayern, und zwar in Schweinfurt, eine Zweigiederlassung, in der vorerst die Schuhstapeln mit einer Belegschaft von 200 weiblichen Arbeitskräften aufgenommen werden soll.

Die Hanfwerke Füssen-Immenstadt AG. haben seit dem Anlaufen des Exportes von Seilerwaren nach Skandinavien einen Umsatz von einer Million Dollar erreicht. Mit dem von der JEIA freigestellten Devisenbonus (5% des Dollarerlöses) haben die Hanfwerke in England Maschinen bestellt, die von den Betrieben in Füssen und Immenstadt dringend benötigt werden. Für den Devisenbonus B (ebenfalls 5% des Dollarerlöses) können für jeden Betriebsangehörigen Lebensmittel im Wert von 54 \$ eingekauft werden. Die Werke haben für 11.000 \$ Wars bestellt. Bis jetzt wurden pro Kopf der Belegschaft etwa 40 Zitronen,

ein Kilo Käse und zweieinhalb Kilo Bohnenkaffee ausgegeben.

Das bayer. Wirtschaftsministerium hat vor kurzem Höchstpreise festgesetzt für Schutt- und Wegebaustoffe aus Weidgerechtigkeit, ferner Höchstpreise in der Heuristindustrie.

Nach einer Anordnung des bayer. Wirtschaftsministeriums (Preisbildungsstelle) wurden Höchstpreise für Holzschuhe festgesetzt. Hiernach darf bei handwerksmäßig hergestellten Holzschuhen (Holzsohle mit Lederverarbeitung) auf die Herstellungskosten nur ein Gewinn von höchstens 10% aufgeschlagen werden. Die Höchstpreise müssen indes untergeschrieben werden, wenn die Betriebskosten dies gestatten.

Nach dem Bericht des Brauwirtschaftsverbandes Bayern über das 1. Quartal 1948 wurden von den 54.200 Zentnern Hopfen, die von der Militärregierung für den Export besprochen wurden, folgende Mengen versandt: USA 27.927 Ztr., Schweiz 3180, Dänemark 3908, Holland 3155, Belgien 10.635, Italien 1053, Luxemburg 400, Schweden 453, franz. Kolonien 939, Norwegen 383, Finnland 253, und weitere überseeische Länder 473 Ztr.

Abgehen von dem bisherigen starren Plan mit der Einsicht sowohl in die Leistungsfähigkeit der Privatunternehmungen auf gewissen Gebieten, wie auch mit ihrer politischen Harmlosigkeit in einer Volkswirtschaft, die als Ganzes unter planmäßiger Staatskontrolle steht. ha.

Ein trügerisches Geschäft

Deutschland ist vom Walfang ausgeschlossen, weil es keine großen Schiffe besitzen darf und keine Harpunen, denn die Harpunen sind zweifellos Waffentruhen darfst Deutschland, falls es ihm zugeht, Walfett kaufen — Walfleisch hat es bereits in der britischen Zone irgendwo gegeben —, Voraussetzung ist, daß die JEIA die erforderlichen Dollars zur Verfügung stellt. Der Walfang an sich ist ein freies Geschäft. Es äußert sich das teils im Öl, teils im Ringewinn. So berichtet die „Daily Mail“, daß 140 Mill. Dollar Ringewinn unter der Besatzung der internationalen Walfangflotte verteilt werden. Die Anteile schwanken, heißt es, zwischen 20.000 und 40.000 \$ für leitende Persönlichkeiten und 1600 \$ für die Hilfskräfte.

Der Wal, also der Rohstoff selbst, kostet nichts, wächst sozusagen als „Sogen des Meeres“, allerdings, irgend-

wie gutgewollt, nur für die „internationalen“ Walfangflotte einiger weniger Nationen. ha.

Argentinien Kampf gegen harte Währungen

Trotz des erheblichen Aktivsaldo seiner Handelsbilanz ist Argentinien in erhebliche Devisenschwierigkeiten geraten. Innerhalb des Jahres 1948 sanken die Devisen- und Goldvorräte der Zentralbank von 5,64 auf 3,64 Mrd. Pesos. Das liegt daran, daß Argentinien die während der Nachkriegsjahre vernachlässigten Anlagen seiner Verkehrswege und seines Maschinenparks modernisieren mußte und diese Einfuhr fast ausschließlich aus der USA drehte, mit denen Argentinien dadurch zu einem Festsaldo kam, der nur durch Gold- und Devisentransfer bezahlt werden konnte. Im Zuge dieser Einkäufe von Waggons, Lokomotiven, Lastwagen, Schiffen, Erdöl und Textilmaschinen ist auch im laufenden Jahr der Gold- und Devisenbestand weiter zurückgegangen.

Es war also kein Wunder, daß Argentinien zu rigorosen Maßnahmen griff. Der erste Konflikt brach mit der Schweiz aus. Argentinien behandelte die Einfuhr von Schweizer Waren, was — nach Schweizer Ansicht — eine Verletzung

des Handelsvertrages war, und die Schweiz verfügte als Gegenmaßnahme Mitte April ein Exportembargo gegen Argentinien. Zwei voll mit Gütern für Argentinien beladene Schweizer Schiffe liegen abfahrbereit und können infolge dieses Embargos nicht auslaufen. Argentinien hat gegenüber der Schweiz ein Guthaben von etwa 200 Mill. Fr. Nach dem Handelsvertrag ist Argentinien verpflichtet, dieses Guthaben durch zusätzliche Importe aus der Schweiz abudecken. Dazu ist Argentinien nicht bereit. Im Gegenteil, die Devisenrestriktionen in Argentinien sind in den letzten Tagen erheblich verschärft worden; auch der direkte Transfer von Versicherungsprämien ist nunmehr von Argentinien verboten worden; darüber hinaus hört man jetzt aus Buenos Aires, daß generell alle Importe Argentinien aus Ländern mit harter Währung eingestellt werden sollen. Dies betrafte in erster Linie die Einfuhr aus der USA, der Schweiz, Schweden, Portugal und Brasilien.

Nach dieser Entwicklung wird es erklärlich, daß der Außenhandelsrat der USA sich eingehend mit der argentinischen Devisenlage befaßte und darüber dieser Tage einen Bericht abgab. Darin wird der Vorwurf erhoben, daß die Argentinier selbst schuld an diesen Devi-

senverlusten seien. Dieser Vorwurf ist sonderbar; denn selbstverständlich ist ein Land, das zusätzliche hohe Importe dringend benötigt, schuld daran, wenn sein Devisenbestand abnimmt. Aber ein Hinweis dieses Berichtes scheint der Erwägung wert: die USA schlagen der argentinischen Regierung vor, das staatliche Außenhandelsmonopol wieder aufzugeben und zu den alten privatwirtschaftlichen Methoden zurückzukehren. Zweifellos wäre dann zu erwarten, daß private argentinische Exportfirmen schon dafür sorgen würden, zusätzlich Waren in den Vereinigten Staaten abzugeben. Jedoch auch für Europa könnte eine solche Umstellung von Vorteil sein. Da Argentinien auf alle Fälle in der nächsten Zeit seine Einfuhr aus den USA vermindern muß, wäre es sehr gut denkbar, daß es einen Teil seines industriellen Investitionsbedarfs in Europa deckt, und dies würde umso leichter sein, je mehr private Importfirmen Argentinien sich für diese Einfuhr interessieren könnten. Da Argentinien mit den meisten europäischen Ländern leicht zu einem aktiven Außenhandelsaldo kommen könnte, wäre damit beiden gedient: Argentinien und dem exportorientierten und exportbedürftigen Europa, zumal den Ländern Europas, die durch den Krieg schwer gelitten haben. X.

Rohhäute-Import läuft an

Verteilungs- und Preisprobleme

Mit dem 1. April 1946 sollte die Bewirtschaftung auf dem Gebiete der Lederherstellung und -verteilung in der Doppelzone zusammengeführt und vereinheitlicht werden. Dieser Termin konnte zwar nicht ganz eingehalten werden, aber mit einer Verspätung von rund vier Wochen, die zur Durchführung organisatorischer Arbeiten verwendet wurden, ist die Treuhändstelle für Leder- und Schuhwirtschaft nunmehr arbeitsfähig geworden.

Das neue System bringt eine Abkehr von den fast ein Jahrzehnt wirksam gewesenen Lederchecks. An ihre Stelle treten nunmehr Bezugsrechte für Rohware, die den Schuhfabrikanten nach einem scharf berechneten Schlüssel zuerkannt werden. Diese Bezugsrechte werden dem Lederhersteller oder -großhändler bei Abschluß einer Lieferung übertragen. Der hierzu aufgelegte Apparat hat einen bankmäßigen Charakter; es werden Rohwarenguthaben verbucht, übertragen und kontrolliert, es finden Belastungen und Gutschriften statt. Das alte Lederchecksystem war in den letzten Monaten durch die Tatsache stark diskreditiert worden, daß die durch die Lederfabriken zur Abrechnung eingereichten Lederchecks nur zu 40-50% wieder mit neuer Rohware beliefert werden konnten. Das soll nun anders werden. Man will nicht nur die im Zuge einer Bestandsaufnahme ab Februar ermittelten Rückstände an Rohware voll ausliefern, sondern auch in Zukunft eine jeweils volle Abdeckung der Bezugsrechte für Rohware sicherstellen.

Es steht wohl außer Zweifel, daß diese Aussichten allein mit Hilfe der jetzt anlaufenden Rohhautimporte der JEIA vermittelt werden könnten. Die Rohwareneinfuhren aus dem Ausland waren in den letzten Monaten so weit zurückgegangen, daß mit einem völligen Erliegen der Lederindustrie gerechnet werden mußte. Die Beschäftigung aus normalen Häutezuteilungen sank durchschnittlich auf 20% der Kapazität ab. Durch den saisonmäßigen Rückgang der Schlachtungen, wie durch die fortschreitende Reduzierung des Viehbestandes überhaupt erschienen die nächsten Zukunftsaussichten der Lederindustrie denkbar mißlich. Hinzu kam die Vereinigung beider Zonen auf dem Gebiete der Lederwirtschaft, die die Gesamtlage verschlechterte, da die Überschüsse der süddeutschen Länder nunmehr in weitere Kanäle fließen sollten.

Start der JEIA-Einfuhren

So ist denn der Beginn der JEIA-Einfuhren von überseeischer Rohware nicht eine Stunde zu früh verfliegen worden. Disponiert wurden bisher nord- und südamerikanische Provenienzen von Großviehhäuten sowie Kleintierfellen aus den Mittelmeerländern. Der Wert der bisherigen Dispositionen beträgt rund 8-9 Mill. Dollar; weitere Dispositionen in gleicher Höhe sind bis zum Ablauf des zweiten Quartals 1946 vorgesehen. Parallel zu diesen Importen läuft die Einfuhr überseeischer Gerbstoffe, die manche Lücke schließen helfen wird. Das Hauptkontingent der Einfuhren soll gegenwärtig nach Deutschland unterwegs sein. In Ham-

burg wurden bisher einige Dampfer entladen, die Ziegen- und Schaffelle aus dem Mittelmeerraum brachten. Es werden nunmehr die nordamerikanischen Zufuhren — vor allem Packer Hides aus der Chikagoer Gegend — erwartet, während die südamerikanischen Rohware, die den größten Anteil stellt, den längsten Frachtweg zurücklegen hat und daher zuletzt eintreffen wird. Sicherlich werden diese Importe den Geschäft einen neuen Impuls geben. Man sollte sich aber darüber klar sein, daß aus diesem JEIA-Geschäft nicht zuviel erwartet werden darf. Zu bedeutend ist der Bedarf der Lederindustrie in der Doppelzone, als daß der Umfang der Importe auf die Dauer eine lebhaft Beschäftigung sicherstellen könnte. Erst das Anlaufen des Marshall-Planes, dessen Durchführung die Häute-Zufuhren nach Westdeutschland verstärken wird, dürfte der Bewirtschaftung für eine Reihe von Monaten einen festen und tragfähigen Rahmen geben.

In diesem Zusammenhang ist das Preisproblem anzusprechen. Die Weltmarktpreise für Rohhäute und -felle liegen weit über den deutschen Stop-Preisen. Damit das innerdeutsche Preisniveau gehalten werden kann, ist es notwendig, die Einfuhren zu festgesetzten Preisen auf den Markt zu bringen. Lediglich zur Ermittlung der deutschen Festpreise wird der Dollar bei all diesen Einfuhren mit 90 Pf. bewertet, d. h. eine Ware, die in den USA mit 60 Dollarsents per kg gekauft wurde, wird dem deutschen Verbraucher mit 54 Pfennig in Rechnung gestellt und entsprechend kalkuliert. Zu einer ähnlichen Subventionshaus schritt Groß-

britannien in den Jahren 1946/47, um einen Ausgleich zwischen den hohen südamerikanischen Häutepreisen und der Kaufkraft des Binnenmarktes zu schaffen. Freilich wird ein Land, dessen Export mit großer Energie verhältnismäßig schnell wieder auf eine angemessene Höhe gebracht wurde, derartige Subventionen leichter aufbringen können als z. B. Westdeutschland, dessen Export — wie die Bilanz des ersten Quartals 1946 erneut erkennen läßt — nach wie vor völlig im argen liegt.

Verwendung der Importware

Es ist vorgesehen, daß die importierte Rohware in erster Linie den Bedürfnissen des deutschen Marktes dienen soll. Hierzu wird nicht zuletzt eine festere Planung vonnöten sein, die ihren Niederschlag in Form genauer Fabrikationsaufträge für die Lederindustrie finden müßte. Der Ausschuss lehrt immer wieder, daß es hieran in den letzten beiden Jahren vielfach gefehlt hat, was freilich mit der gesamten Marktstruktur zusammenhängt. Die Befriedigung des landläufigen Hauptbedarfes sollte im Mittelpunkt aller Anstrengungen stehen, nicht gewisse preisliche oder betriebliche Rücksichten, die angesichts der allgemeinen deutschen Not zweitrangigen Charakter erhalten. Als Beispiel sei das Futterlederproblem erwähnt. Es geht nicht an, daß Schuhfabriken mit der Fabrikation aussetzen müssen, weil es ihnen an Futterleder — und nur daran! — mangelt. Die individuelle Rohwareneinfuhr sollte derartige Entwicklungen schon binnen Kurzem unmöglich machen, wenn eine planvolle Lenkung über eintritt, was es das allgemeine Interesse erfordert. G.M.

Aussichtsreiche deutsche Erdölproduktion

Ölbohrungen im Wattenmeer — Verarbeitung von Importölen

Hwg. Hamburg. Die Erdölvorkommen der britischen Zone befinden sich in der Hauptsache bei Heide in Schleswig-Holstein, bei Hamburg (Reithrook), in der Nähe von Celle in Niedersachsen und bei Bentheim in unmittelbarer Nähe der holländischen Grenze. Neuerdings wird in der Nähe von Nienburg an der Weser und im schleswig-holsteinischen Wattenmeer nach Erdöl gebohrt. Mit etwa zwei Dritteln der gesamten deutschen Erdölförderung sieht Niedersachsen weitaus an der Spitze. Der Rest verteilt sich auf die Erdölfelder von Bentheim, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bruchsal in der amerikanischen Zone. Seit einiger Zeit kommen auch Meldungen aus der Gegend von Tegernsee und aus Bad Tölz (Bayern) über recht bedeutende Bohrergebnisse. Die Gesamtförderungen der deutschen Erdöl-Produktion beliefen sich im Jahre 1947 auf insgesamt 576 998 t; davon entfielen 570 723 t auf die britische und 6 275 t auf die amerikanische Zone. Das schleswig-holsteinische Erdölgebiet förderte davon 92 645 t. Obwohl die Gesamtförderung

gegenüber 1946 (111 303 t) leicht zurückgegangen ist, kann das Heider Erdölgebiet zur Zeit als das aussichtsreichste angesehen werden, da es sich — trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse zu Beginn des Jahres — auf den Platz der zweitbesten deutschen Förderungsstätte vorgeschoben hat.

Die Rückgänge in der schleswig-holsteinischen Erdölproduktion werden von Fachkreisen als nicht anhaltend bezeichnet. Man rechnet im Gegenteil schon in den nächsten Jahren mit einem beträchtlichen Ansteigen. Die Gründe für den gegenwärtigen Rückgang sind lediglich in dem rückwärtigen Rauhau der Kriegsjahre zu suchen, der die Heider Ölförderungen auf über 500 000 t steigerte und schließlich 56% der deutschen Förderungen überhaupt erreichte. Der Ölstrom versiegte in den Jahren 1945 allerdings vorübergehend, so daß in diesem Jahr und auch 1944 nur noch 22% der deutschen Gesamtförderung erreicht werden konnten. 1945 war ein leichtes Ansteigen (25%) zu verzeichnen, dem das Kriegsende aber ein rasches Ende machte.

Nach der Kapitulation ging die „Deutsche Erdöl-AG.“ mit dem Hauptsitz in Wische-Steinförde (Niedersachsen) sofort an den Wiederaufbau der durch Bombenangriffe arg in Mitleidenschaft gezogenen Heider Anlagen. Etwa zwei Drittel sind inzwischen wieder hergestellt. Die Schicht- und Förderanlagen zur bergmännischen Förderung der zur Ausschmelzung benutzten Ölkreide sind indessen so nachhaltig zerstört worden, daß eine Wiederherstellung bisher nicht möglich war und auch für die nächste Zeit kaum zu erwarten ist. Sollten diese Anlagen wieder flott werden, wird sich die Produktion ohne Schwierigkeiten beträchtlich steigern lassen.

Nach Schätzungen von Geologen — soweit diese überhaupt möglich sind — können die sicheren Erdölvorkommen im Heider und Hamburger Gebiet mit etwa 350 000 bis 400 000 t veranschlagt werden. Die als wahrscheinlich vorhandenen Mengen können als ebenso hoch angesehen werden. Hierbei sind allerdings überraschende neue Funde, die gerade bei den jetzt im Gange befindlichen Probebohrungen durchaus möglich sind, nicht einkalkuliert. Wie erwähnt, berechtigen gerade die Bohrungen im Wattenmeer zu Hoffnungen. Außerdem sollen die Erdölgasförderungen, die auf diesen Erdölfeldern bisher verhältnismäßig stiefmütterlich behandelt wurden (1947 nur 700 Kubikmeter, während Reithrook 2 000 Kubikmeter lieferte) ausgebaut werden.

Zwecks Steigerung der Produktionsleistung hat sich das Heider Werk der Deutschen Erdöl-AG. teilweise auch auf die Verarbeitung von Import-Rohölen umgestellt, die vor kurzem anliefern. Eine weitere Produktionssteigerung soll schließlich durch die Einbeziehung der Erdölindustrie in das Bergarbeiter-Punktsystem erreicht werden, die inzwischen wirksam geworden ist. Die Belegschaften der Erdölindustrie erhalten die Bergarbeiterpunkte nach dem System des Überbergbauhauses,

Auf der Suche nach Heilpflanzen

Pharmazeutische Industrie fördert den Anbau und das Sammeln

Im Zuge der deutschen Import-Beschränkungen ist die Einfuhr von Drogen zur Zeit völlig gedrosselt. Die pharmazeutische deutsche Industrie ist dadurch in eine schwierige Lage geraten, zumal der Verbrauch von Heilmitteln angesichts des strittigen Gesundheitszustandes in Deutschland noch gestiegen ist.

Die einschlägigen Produzenten vermissen den Mangel durch Gewinnung der erforderlichen Rohstoffe aus dem eigenen Land nach Kräften zu steuern. Seit dem Zusammenbruch ist die Organisation zur Sammlung von wildwachsenden Heilkräutern ständig ausgebaut worden. Nachdem schon für die Erfassung in weitestgehendem Maße die Schulen eingesetzt worden sind, sind seit einiger Zeit durch wesentliche Erhöhung der Sammlerpreise auch die Einzelsammler wieder stärker interessiert worden, so daß sich das Sammeln von Kräutern als Nebenerwerbquelle — insbesondere durch Frauen und Kinder und in Familien, in denen das Geld schon wieder knapp zu werden beginnt — rentieren kann. Die Preise — z. B. für ein Kilo getrockneter Taubnesselblüten 13 RM, Schlüsselblumenblüten 15.60 RM, Brombeerröhrlater 0.70 RM usw. — sind durch Preissteigerungsverordnung für die britische und US-Zone festgelegt, werden aber von der verarbeitenden Industrie — wie z. B. in Bayern — selbst als noch zu niedrig angesehen, wenn ein wirklicher Sammelerfolg erzielt werden soll. Vom Umfang und von der Bedeutung des heimischen Rohstoffes wird die pharmazeutische Industrie zweifellos einige bemerkenswerte Zahlen. Der innerdeutsche Bedarf an Heilkräutern betrug vor dem Kriege etwa 17 Mill. kg. Im Inland gesammelt wurden damals annähernd 600 000 kg, also nur etwa 1/28 des Bedarfs.

Fingeführt wurden z. B. allein im Jahre 1936 für rd. 50 Mill. RM Heilkräuter oder entsprechende Pflanzenbestandteile. Hauptlieferanten waren Belgien (Anis), Frankreich (Enzian, Kürbiskerne, Lavendelblüten, Majoran, Malvan, Tausendgüldenkraut, Thymian), Holland (Kümmel, Mohr, Senf), Italien

(Anis, Lindenblüten, Melissenblätter, Nußbaumblätter, Salbeiblätter, Waldholder), Jugoslawien (Kamille, Lindenblüten), Polen (Kamille, Mohr), Rußland (Anis, Kamille, Koriander, Lindenblüten), Spanien (Anis, Thymian), Tschechoslowakei (Akazienblüten, Hagbutten, Pfefferminze, Queckenwurzeln, Waldmeister), Ungarn (Andorn, Brennnessel, Eibisch, Flieder, Hagbutten, Kamille, Kamillenmehl, Kürbiskerne, Lavendel, Lindenblüten, Mohr, Pfefferminze, Rittersporn, Salbei, Tausendgüldenkraut, Wacholder, Wollblume). Alle diese Länder, die mit dem Ausfall des deutschen Exporterlöses verlustig gegangen sind, scheiden für die Bedarfsdeckung zur Zeit ebenso aus, wie die an Heilpflanzen reichen Gebiete des verlorenen oder besetzten deutschen Ostens. Wie verlustet, sollen die Heilpflanzenpreise im übrigen Europa stark gestiegen sein, was den Erzeugerländern den deutschen Ausfall vielleicht einigermaßen erspüren könnte, für uns selbst aber um so weniger Aussicht eröffnet, in absehbarer Zeit wieder vom Ausland beziehen zu können. Devisen für den Einkauf von Drogen stehen nicht zur Verfügung, schon gar nicht 50 Mill. RM wie noch vor 10 oder 12 Jahren, was seiner Zeit einem Betrag gleichkam, wie er für die Einfuhr von tierischen Fetten aufgewendet wurde, und letztere scheinen heute noch wichtiger als Heilkräuter.

Für den systematischen Anbau von Heilpflanzen standen 1937 etwa 6 500 ha Fläche zur Verfügung. Die Durchschnittserträge je Ar betragen u. a. bei Pfefferminze 15 kg, bei Kamille 12 kg, bei Salbei 25 kg, bei Thymian 30 kg, so daß der Anbau bei dem ungeheuren Bedarf, der beispielsweise in Pfefferminze über 700 000 kg, in Salbei fast 300 000 kg, in Veilchenblüten 1 000 kg beträgt, nach wie vor rentabel erscheint. Sicher ist, daß Wald und Feldraine in Deutschland mit ihren weit über 100 verschiedenen wildwachsenden Heilpflanzen eine empfindliche Import-Lücke zu schließen in der Lage sind, wie allein ein vorläufiges Erfassungsergebnis aus Bayern, das mit 1,2 Mill. kg beziffert wird, beweist, ob-

Metallgewinnung aus Kiesabbränden

Wirtschaftliche Bedeutung neuer Verfahren

Die Produktion der Duisburger Kupferhütte ist durch die bisher einzigartige Kombination chemisch-hüttenmännischer Verfahren gekennzeichnet und gewinnt im übrigen insbesondere durch die Verarbeitung ausgesprochen armer Erze steigende Bedeutung.

Die Duisburger Kupferhütte, die im Laufe dieses Jahres ihre Produktion noch bis auf 75% des Vorkriegsstandes steigern will, unterscheidet sich grundsätzlich von den übrigen Kupferhütten. Während üblicherweise Co-reichere Erze auf dem Schmelzwege verarbeitet werden, wurde in Duisburg eine Kombination chemischer und hüttenmännischer Verfahren entwickelt, die in Verbindung mit einer Hochofenanlage eine Sonderstellung in der Hüttenindustrie einnimmt. Die Hütte in Duisburg ist die größte ihrer Art und ihr Verfahren ist dadurch gekennzeichnet, daß minderwertige Ausgangsrohstoffe in ihren sämtlichen Bestandteilen voll erschlossen und in hochwertige metallische oder chemische Endprodukte umgewandelt werden. Vergewärtigt man sich, daß die metallreichen Kupfer-Blei-Zink-Erze bei dem heutigen Verbrauch nach fachmännischen Schätzungen nur noch etwa für 35 bis 40 Jahre ausreichen werden, so erkennt man die besondere Bedeutung des Duisburger Verfahrens. Gleichlaufend zu den Bestrebungen sämtlicher metallinteressierter Länder, die Verarbeitung armer Erze einer technischen Lösung zuzuführen, führte auch die Duisburger Kupferhütte schon frühzeitig entsprechende umfangreiche Versuche durch. Ein neues Amalgam-Verfahren erbrachte die ersten Erfolge, und auf einem, bisher in der Technik nicht beschrittenen Wege gelang es, reinste Metalle zu gewinnen. Mit 99,99% fiel wohl das reinste Zink an, das bisher überhaupt hergestellt worden ist, und von noch größerer Reinheit war ein nach dem gleichen Verfahren versuchsartig hergestelltes Blei.

Technisch wurden in der Duisburger Kupferhütte zum Teil völlig neue Apparaturen entwickelt, so spezielle Zementationseinrichtungen, Zellen für die Amalgam-Elektrolyse u. a. m. Die einzelnen Betriebe der Hütte sind im übrigen nicht nur durch den Gang der Aufarbeitung miteinander verknüpft, sondern sie stellen auch in dieser Vereinigung ein wirtschaftliches Optimum dar. So ist der Hochofen gleichzeitig der Gasegenerator für sämtliche Einzelbetriebe, und ein Hochdruckwerk liefert mit dem geringen Kohlenaufwand von nur 0,35 kg/kWh sowohl Steam als auch Dampf für alle Anlagen. Der heute bereits erreichte, im übrigen noch keineswegs abgeschlossene Entwicklungsstand gibt der Duisburger Arbeitweise schon jetzt bei der Verarbeitung vieler armer Erze den Vorrang

vor der Flotations-Aufbereitung bisheriger Art. Beispielsweise dürfte die Verhüttung der armen Blei-Zink-Erze der Dürener Gegend nach der Kupferhütten-Methode in vielfacher Beziehung, und nicht zuletzt auch im Metallanbringen, der bisherigen Verhüttungsart überlegen sein.

Die gegenwärtige Verarbeitung umfaßt etwa 500 000 t Kiesabbrände jährlich, die aus Importen und aus den Megener Gruben stammen. Aus einem Gemisch von 75% Cu-haltigen Auslandsabbränden und 25% Zn-haltigen Megener Abbränden werden so monatlich u. a. folgende Mengen an Metallen und Chemikalien gewonnen: 120 t gold- und silberhaltige Kupfer-Anoden, 1 350 t Zink-Oxyd, 850 t Zink, 160 t Kupfer, 3 500 t Natriumsulfat. 60% der deutschen Schwefelsäurefabriken werden ferner in eigenem Betrieb aus den Schwefelkies-Abbränden sämtliche darin enthaltenen Metalle und selbst die Spuren-Elemente entweder als Metalle selbst oder in Form entsprechender Salze gewonnen werden.

Kupfererze sind als Schädlingsbekämpfungsmittel gerade heute für die Landwirtschaft besonders wichtig; ferner bilden sie einen wichtigen Hilfsstoff in der Kunstseiden-Industrie. Über die Bedeutung des gleichzeitig gewonnenen Kupfermetalls für die Elektro-Industrie und zahlreiche andere Verbraucher braucht kaum gesprochen zu werden. Glauber'sal und Natriumsulfat sind für die Glas-, Textil- und chemische Industrie unentbehrlich. Zinkoxyd ist nicht nur Ausgangsprodukt für die Zinkgewinnung und die Herstellung von Zinkfarben, sondern bildet gleichzeitig einen wichtigen Füllstoff für Kautschuk. Erwärmt seien schließlich aus der großen Fülle der Duisburger Erzeugung neben Gold und Silber noch Kobalt, Schlacken-Sand und Steine und das von der Glaser-Industrie sehr geschätzte Spezial-Gießeis. —

Rasierklagen frei

Nachdem die Bewirtschaftung von Rasierklagen und Haushaltsnägeln, die im Rahmen des Pfennigartikel-Programms in regelmäßigeren Abständen zur Verteilung gelangen sollten, als gescheitert anzusehen ist, hat die Verwaltung der Wirtschaft den Verkauf dieser Artikel mit Wirkung ab 1. Juni 1946 für die Doppelzone freigegeben.

Höhere Kartoffelanbaufläche

Die Kartoffelanbaufläche in der Doppelzone nahm im Jahre 1946 auf 1 295 000 ha gegenüber 967 400 ha im Vorjahr zu, so daß mit einer wesentlich höheren Kartoffelernte zu rechnen sein wird.

Schlechte Exportlage der Schneidwarenindustrie

Bericht der Industrie- und Handelskammer Solingen

Trotz aller Bemühungen mehrerer hundert Unternehmen der Solinger Schneidwarenindustrie, die fast die gesamte deutsche Kapazität dieses Sektors darstellt, kann bisher von einer Wiederaufnahme des Schneidwaren-Exportes auf breiter Grundlage noch keine Rede sein. Man hatte beim Erlaß der bekannten JEIA-Anweisung Nr. 13 gehofft, die Rahmenausfuhrerlässe für Einzelaufträge bis zu einem Gesamtwert von 10 000 \$ würden gegenüber den bisher notwendigen Einzelfreilassen ein günstigeres Lage schaffen. Dies ist jedoch nicht eingetreten. Selbstverständlich haben zahlreiche Firmen eine Rahmenausfuhrerlässe beantragt, bisher ist jedoch über keinen dieser Anträge positiv entschieden worden. Dagegen hat das Außenhandelskontor, dem vor Weitergabe an die JEIA die Überprüfung und Begutachtung obliegt, einen beträchtlichen Teil der Anträge mit der Begründung abgelehnt, daß die Antragsteller nach dem Kriege noch keine Exporte nach der JEIA-Anweisung Nr. 1 (Einzelfreilassung) getätigt hätten und daher nicht die von der JEIA vorgeschriebene Erfahrung in der Geschäftsbearbeitung gemäß den JEIA-Bestimmungen besäßen. Hiervon werden u. a. auch alte Exportfirmen betroffen, die wegen Zerstörung ihrer Betriebe bis vor kurzem noch nicht produktionsfähig gewesen waren und die sich jetzt zu Unrecht ausgeschlossen fühlen.

Das sind aber nicht die einzigen Gründe für die enttäuschende Ausfuhrentwicklung. Von den seit dem letzten Jahr durch Einzelgenehmigungsverfahren oder auf Messen abgeschlossenen Exportgeschäften im Wert von über 1 Mill. \$ ist bisher erst ein geringer Teil abgewickelt worden, was zum großen Teil auf den Zwang zur Dollar-Aktivierung — dem Hauptphänomen der deutschen Ausfuhr — zurückzu-

führen ist. Zahlreiche Abhüllungen sind aus diesem Grunde seitens der Abnehmerländer die Einzelgenehmigungen versagt geblieben. Die Schneidwarenindustrie gehört deswegen auch zu den eifrigsten Rufem nach Verrechnungsabkommen als Vorstufe eines für später erhofften völlig freien Außenhandels.

Einer raschen Ausweitung des Ausfuhrgeschäftes steht ferner die in letzter Zeit zwar leicht gestiegene, aber immer noch bei nur etwa 20 bis 25% liegende Kapazitätsausnutzung im Wege. Sie ist eine Folge der besonderen Knappheit an Roh- und Hilfsstoffen aller Art, insbesondere an Stahl, NE-Metallen, Holz, Horn, Schleifsteinen, Polierschleifen, Treibriemen, Ölen und Fetten, Fihrebürsten, Leim und dergleichen. Die Beschaffungsmöglichkeiten haben sich in den letzten Monaten eher verschlechtert als gebessert, und bei manchen dieser Artikel ist die Schneidwarenindustrie auch auf die Einfuhr angewiesen. Eine solche hat aber bisher noch nicht begonnen. Es soll jetzt versucht werden, einer besseren Zufuhr durch die Einschaltung der vom Außenhandelskontor und von der JEIA genehmigten Außenhandels-Treuhänderstelle, die in Solingen gebildet wurde, die Wege zu ebnen. Zu den Aufgaben dieser Treuhändstelle gehört neben der Beratung in Außenhandelsfragen und der Preis-Vorprüfung gerade auch die Bearbeitung von Einfuhranträgen. H.R.

Die Solinger Schneidwarenindustrie teigt auf der Mailänder Messe zum ersten Mal nach dem Kriege wieder eine Gemeinschaftsausstellung unter dem Sammelnamen „Solingen“. Neunzehn seit langen Jahren im Italien-Geschäft führenden Firmen waren hierin zusammengeschlossen.

Belgiens Industrie-Investitionsprogramm

360 Milliarden Francs in zehn Jahren — Starke staatliche und private Initiative

Die belgische Regierung hat nach dem Kriege ein besonderes Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationalen Wiederaufbau errichtet, dem die Aufgabe gestellt ist, Pläne für eine Modernisierung des gesamten belgischen Produktionsapparates auszuarbeiten. Das Ministerium hat einen Zehn-Jahresplan aufgestellt, der Investitionen von 360 Mrd. belgischen Fr. vorsieht, wovon 130 Mrd. für öffentliche Arbeiten und 230 Mrd. für die private Industrie vorgesehen sind.

Die belgische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß vor allem für die öffentlichen Arbeiten eine langfristige Planung notwendig ist, um bei ihrer Verwirklichung den erforderlichen Zusammenhang zwischen den einzelnen Vorhaben zu gewährleisten. Im Zuge dieser Erwägungen hat das neue Ministerium das Finanzministerium ersucht, ein Investitionsprogramm für zehn Jahre aufzustellen und für den ersten Abschnitt bereits einen Betrag in außerordentlichem Haushalts des Jahres 1948 zu berücksichtigen.

Der belgischen Kammer liegt zur Zeit ein Zehnjahresplan der öffentlichen Investitionen in den Jahren 1948 bis 1957 vor, der die Rangordnung der verschiedenen Bedürfnisse nach ihrer Dringlichkeit besonders berücksichtigt und für den Staatshaushalt Ausgaben von 148,8 Mrd. bFr. vorsieht. Eisenbahnen, Schifffahrt, Luftfahrt, Post, Straßenbau, Wasserstraßen, Hochbau, Häfen, lokale Verwaltungen und Landesverteidigung sind in diesem Plan berücksichtigt. Für das Jahr 1948 sind bereits rund 20 Mrd. bFr. vorgesehen, wovon unter anderem allein rund 6 Mrd. auf die Eisenbahnen, 1,5 Mrd. auf Telegraf und Telefon, 1,5 Mrd. auf Wasserstraßen, 2,8 Mrd. auf Hochbauten, 1,6 Mrd. auf Häfen und 4 Mrd. bFr. auf lokale Verwaltungen entfallen. Auf verschiedenen Gebieten wurde inzwischen bereits mit der praktischen Ausführung begonnen.

Von den Eisenbahnen wurde die Elektrifizierung in Angriff genommen. Es ist geplant, im Verlauf von fünf Jahren 1500 km des insgesamt rund 5000 km betragenden Verkehrsnetzes zu elektrifizieren. Alle bedeutenden belgischen Städte sollen an das elektrische Netz angeschlossen und damit 70% des Verkehrs erfüllt werden. Bisher sind erst 44 km elektrifiziert. Mit den Arbeiten auf der Strecke Brüssel-Charleroi wurde bereits begonnen. Für den Nord-Süd-Verkehr Brüssel-Antwerpen und Brüssel-Charleroi haben die belgischen Bahnen zunächst 26 elektrische Lokomotiven bestellt, die in Belgien konstruiert werden, während die elektrische Ausrüstung zum größten Teil aus der Schweiz bezogen wird.

Der Wiederaufbau der belgischen Handelsflotte hat schon gute Fortschritte gemacht. Belgien besaß bei Kriegsausbruch 91 Einheiten mit 359 500 BRT., am 10. Mai 1940 rund 100 Schiffe mit 422 300 BRT. und Mitte 1946 62 Dampfer mit 269 500 BRT. Nach Durchführung des laufenden Wiederaufbauprogramms wird Belgien in einigen Monaten einschließlich acht deutscher mit weiteren 33 Schiffen von insgesamt 94 800 BRT. den Vorkriegsstand wieder erreichen. Die belgische Handelsflotte soll innerhalb weniger Jahre auf 850 000 BRT. erweitert werden, um einen größeren Teil des belgischen Außenhandels mittels eigenen Schiffen ausführen lassen zu können. Es wird angestrebt, den Anteil der belgischen Flagge in den

heimatlichen Häfen, der gegenwärtig knapp 10% beträgt, zu erhöhen und einen Teil der Aufgaben der früheren deutschen Handelsflotte zu übernehmen. Auch die Binnenflotte befindet sich im Ausbau.

Bei den Häfen ist vor allem eine Beseitigung der durch den Krieg eingetretenen Schäden an Schleusen, Kaianlagen und Ladebrücken in Antwerpen vorgesehen und bereits in Angriff genommen. Als dann wird eine Verbesserung und Modernisierung der bestehenden Einrichtungen angestrebt. So sollen die technischen Ausrüstungen erweitert werden und die Kaianlagen vergrößert werden. Die hydraulischen Krananlagen sollen durch elektrisch betriebene Anlagen ersetzt werden. Ferner ist die Errichtung eines besonderen Industriehafens geplant. Der jetzige Antwerpener Olfhafen, dessen Anlage amerikanischen Erdölgesellschaften mehrere hundert Millionen Francs gekostet hat, soll durch einen zweiten Hafen von 300 ha ergänzt werden. Es ist in Aussicht genommen, auf dem neuen Gelände eine moderne Crack-Anlage zu bauen. Mehrere Erdölgesellschaften planen die Errichtung weiterer Tankanlagen. Auch für den Ausbau der übrigen Häfen sind Pläne ausgearbeitet worden. Die Stadt Brügge hat im Rahmen einer Industrialisierung des am Kanal Brügge-Zeebrugge gelegenen Industriegebietes vorgesehen, den Kanal zu vertiefen und zu vertiefen sowie die Hafenanlagen zu vergrößern. Um größeren Überseedampfern die Durchfahrt zu ermöglichen, ist der Bau einer zweiten Schleuse vorgesehen.

Bemerkenswerte Fortschritte haben der Ausbau und die Modernisierung von Industrieanlagen gemacht. Die private Wirtschaft erweist sich hierbei als recht aktiv. Infolge der günstigen Entwicklung der Konjunktur sind zahl-

reiche Unternehmungen in der Lage, größere Investitionen zu machen. Das trifft insbesondere für die Schwerindustrie zu, die den Neu- und Umbau von Thomas-Stahlwerken, Walzstraßen und Hochöfen eingeleitet hat. Die Aciéries et Minières de la Sambre in Monceau haben mit dem Bau eines Elektrostromwerkes begonnen. Vorgesehen ist zunächst ein Elektrotriefen mit einer Leistungsfähigkeit von 15 t in 24 Stunden, der im Laufe dieses Jahres in Betrieb genommen werden soll.

Nach dem vom belgischen Wiederaufbau-Ministerium aufgestellten Plan wird im Verlauf von zehn Jahren mit Investitionen von rund 10 Mrd. Francs in der Schwerindustrie gerechnet. Dieser Plan sieht die Stilllegung von 15 Hoch-

öfen von je 150 t Tagesleistung vor und ihre Ersetzung durch Einheiten mit doppelter Leistung. Die Leistungsfähigkeit der Martin-Stahlwerke soll verdoppelt werden. Sodann ist die Modernisierung und der Neubau mehrerer Walzwerke vorgesehen. Durch den Bau zahlreicher neuer Koksöfen soll der Bedarf der Schwerindustrie an Hochofenkoks in stärkerem Maße als bisher aus eigener Erzeugung gedeckt werden. Die Modernisierungspläne anderer Industriezweige sind gleichfalls recht vielfältig. Bei ihrer Verwirklichung wird die Bedeutung Belgiens als Industrieland noch stark zunehmen. H. G.

Zwecks Wiedereinschaltung des Hafens Antwerpen in den Transitverkehr für Deutschland plant die belgische Regierung, einen Kredit in Höhe von 60 Mill. bFr. den Westzonen zur Verfügung zu stellen, um die Transportkosten bis zur Grenze zu decken.

Verkehrssteigerung in Holland

Die holländische Verkehrswirtschaft verzeichnete im vergangenen Jahr eine weitere Steigerung des Güterverkehrs. Obwohl die Industrieproduktion im Durchschnitt noch etwa 8% unter dem Vorkriegsstand lag, stieg der gesamte inländische Verkehr um 25 bis 30% über den Stand des Jahres 1938 an. Bemerkenswert sind die Verschiebungen, die im Güterverkehr im Vergleich zur Vorkriegszeit eingetreten sind. Während vor dem Kriege rund die Hälfte aller Transporte auf die Binnenschifffahrt entfiel, ging der Anteil 1947 stark zurück. Von der Steigerung des Güterverkehrs profitierten ausschließlich die Eisenbahn und insbesondere der Lastkraftwagenverkehr, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß in den ersten Monaten des Jahres 1947 die Binnenschifffahrt durch den strengen Winter und in den Sommermonaten durch den niedrigen

Wasserstand infolge der Trockenheit gehemmt war.

Insgesamt wurden 1947 im Inland 68,5 Mill. t Güter befördert gegen 55,1 Mill. t im Jahre 1938, davon entfielen rd. 30 Mill. t auf den Straßenverkehr, 25,5 Mill. t auf die Binnenschifffahrt und 13 Mill. t auf die Eisenbahnen. Die Eisenbahnen beförderten 35% mehr als 1938. Der Waggonbestand betrug Ende 1947 26 300 Einheiten, wovon 20 780 Waggon betriebsfähig waren. Im September 1944 waren 29 600 Güterwagen vorhanden. Der Güterverkehr der Binnenschifffahrt war 1947 etwas niedriger als 1946, erreichte jedoch ungefähr den Stand des Jahres 1938. Die Zahl der Binnenschiffe, die 1947 zur Verfügung standen, entsprach etwa 79% des Schiffsbestandes und 70% der Tonnage des Jahres 1942. Im Straßenverkehr wurden fast 50% mehr Güter mit Lastkraftwagen befördert als im Jahr 1938. Die Zahl der Lastkraftwagen nahm im Laufe des Jahres 1947 von 55 500 auf 63 300 zu, so daß im September 1947 141% der Zahl des Jahres 1939 erreicht wurde. Die Kapazität des Lastkraftwagenparks hat in noch stärkerem Maße zugenommen.

Die Ausdehnung des Lastkraftwagenverkehrs hat in starkem Maße den Benzinverbrauch gesteigert. Der Benzinverbrauch, der vor dem Kriege durchschnittlich 35 000 t je Monat betrug, stieg von 30 000 t im Juni 1946 auf durchschnittlich 48 500 t im zweiten Halbjahr 1947. Um eine neue Zwangsbeschränkung zu vermeiden, die infolge des Dollar-Mangels notwendig werden könnte, hat die Regierung zu freiwilligen Sparmaßnahmen aufgefor-

Englands Industriebeschäftigung

London. Das englische Arbeitsministerium gibt bekannt, daß der Beschäftigungsstand in England im April eine Verminderung von 39 000 Arbeitern erfahren hat, wovon allein 16 000 auf die weiterverarbeitende Industrie entfallen. In der Landwirtschaft sind dabei rund 3000 und in der Textilindustrie rund 2000 Personen mehr beschäftigt. Immerhin muß berücksichtigt werden, daß in der gleichen Zeit der Mannschaftsbestand der englischen Armee um 69 000 auf 927 000 Mann zurückging.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß auf der gerade zu Ende gegangenen englischen Industriemesse die Zahl der Auslandsbesucher mit knapp 15 000 aus 108 verschiedenen Ländern um etwa 10% kleiner war als der Vorkriegsrekord, aber immer noch mehr als doppelt so groß wie vor dem Kriege. Trotz dieser verminderten Zahl sind die höchsten Erwartungen voll erfüllt worden. Die meisten Aussteller konnten annähernd doppelt so hohe Abschlüsse wie im Vorjahre abschließen. In einigen Fällen sollen die Exportabschlüsse so groß gewesen sein, daß die Aussteller bis zur Messe im nächsten Jahr voll beschäftigt sind. Auch die Preise der englischen Fabrikanten wurden im allgemeinen bewilligt.

Der Treibstoffverbrauch kann jetzt zu etwa 10% aus der einheimischen Erdölförderung gedeckt werden. Die Rohölgewinnung Coevordens belief sich 1947 auf 216 000 t.

Der internationale Güterverkehr blieb noch weit hinter dem Vorkriegsumfang zurück, obwohl gegenüber 1946 eine Zunahme zu verzeichnen war. 1947 betrug der Verkehr über die Landesgrenzen 17,4 Mill. t gegen 13,6 Mill. t 1946 oder 24,7% des Verkehrs von 1938. Der internationale Güterverkehr per Schiff erreichte 1947 21%, der Eisenbahn 60% und des Straßenverkehrs 66% des Standes von 1938. Der Rückstand im internationalen Güterverkehr ist in der Hauptsache auf den noch geringen Umfang des Transitverkehrs zurückzuführen, der 1947 7,1 Mill. t oder 15% des Standes von 1938 betrug gegen 5,5 Mill. t im Jahre 1946. Auf den Transitverkehr mit Umladung entfielen nur 3 Mill. t oder 43% des gesamten Durchgangsverkehrs, während 1938 73% aller Transitgüter umgeladen wurden. Die Verhältnisse in den Häfen Rotterdam und Amsterdam werden daher noch als wenig befriedigend angesehen. Der Seehafenverkehr stellte sich insgesamt 1947 auf 17,7 Mill. t, wovon 11,8 Mill. t auf die Einfuhr, 1,8 Mill. t auf die Ausfuhr und 4,1 Mill. Tonne auf den Transitverkehr entfielen. 1938 betrug allein der Seehafenaumschlag Rotterdam rund 42 Mill. t Güter. H. G.

Schweizer Export Sorgen

Zürich. Bei der Besprechung des Außenhandels der Schweiz im April gingen wir in der vorigen Ausgabe auch kurz darauf ein, daß bei der Ausfuhr die Preise um 4,4% abgenommen haben. Diese Feststellung ist zweifellos ein warnendes Signal für die Schweizer Exportpreise, zumal die Rohstoffpreise international weiter steigende Tendenz zeigen, aber die Preise für Industriewaren auch international eine Abschwächung erfahren haben, die wohl anhalten dürfte.

Die Schweizer Presse bringt in den letzten Tagen noch weitere Exportsorgen vor. Man weist darauf hin, daß es zwar der Schweiz nach dem Krieg gelungen sei, neue Märkte für ihre Waren zu finden, aber nun seit Ende vorigen Jahres infolge der internationalen Dollarknappheit viele Länder Importzölle durchzuführen mußten. Das habe auch ihre Rückwirkung auf die Schweiz gehabt, deren Ausfuhr jetzt hauptsächlich auf wenige zahlungsfähige Absatzgebiete angewiesen sei. Die wichtigsten Kunden der Schweiz sind heute die USA, Belgien und Südafrika. Stark enttäuscht haben in letzter Zeit Schweden, Dänemark, Spanien und die südamerikanischen Länder. Dagegen besteht Aussicht, daß sich die Absatzmöglichkeiten nach Italien und Frankreich in absehbarer Zeit wieder bessern.

Das gleiche gilt im begrenzten Umfang von dem Fernost-Geschäft. Andererseits befürchtet man, daß der Export in die Türkei, nach Griechenland und Portugal eine weitere Einschränkung erfahren wird. Einen gewissen Ausgleich dafür erhofft die Schweiz in der Geschäftsausweitung mit Dänemark (auf Grund vermehrter Agrarimporte) und mit den deutschen Westzonen, was in der vorigen Ausgabe bereits angedeutet wurde.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, daß seit Mitte April in der Schweiz eine Einzahlungs-pflicht für Leistungen an Schweden bei der Schweizerischen Nationalbank besteht. Das hat dazu geführt, daß in Schweden der Begriff des „freien Schweizerfranken“ offiziell eingeführt wurde. Die Enttäuschung der Schweiz über seinen Handel mit Schweden ist verständlich, wenn man feststellt, daß die schwedische Einfuhr aus der Schweiz im 1. Quartal 1948 von 44 auf 18,5 Millionen Kr. gesunken, aber die schwedische Ausfuhr in die Schweiz von 12,9 auf 24,9 Mill. Kr. angewachsen ist. Aus einem Handelsdefizit Schwedens gegenüber der Schweiz von 31 Mill. Kr. wurde ein Überschuß von 6,4 Mill. Kr. im Rahmen des am 1. Mai provisorisch in Kraft getretenen Handelsabkommens muß der schwedische Exportüberschuß aber den doppelten Betrag, also etwa 12 Mill. Kr. pro Quartal erreichen.

Zur Belebung des französischen Exportes in die Schweiz soll eine französische Werkzeugmaschinen-Ausstellung in Baden abgehalten werden, auf der französische Konstrukteure 150 verschiedene Werkzeugmaschinen ausstellen werden. Ein Komitee, das diese Ausstellung zusammen mit technischen Konferenzen und kulturellen Veranstaltungen vorbereiten soll, ist bereits gegründet.

Rekordumschlag in Basel

Basel. Der Güterumschlag in den Rheinhäfen Basels hat im April eine neue Steigerung erfahren und erreicht mit 306 885 t die Rekordifferenz der Vorkriegsjahre. In den ersten 4 Monaten 1948 wurden 976 482 t gegenüber 343 992 t in der gleichen Zeit 1947 umgeschlagen.

Abschlüsse der Elektrizitätswerke

Einige große Elektrizitätswerke der Schweiz legten dieser Tage ihre Geschäftsberichte und Bilanzen für 1947 vor. Die Zentral-schweizerischen Kraftwerke, Luzern, weisen an Nettobetriebs-einnahmen über 7,76 gegen 8,23 Mill. Fr. auf. Obwohl die Verwaltungen und Betriebskosten gestiegen sind, konnte wegen Ermäßigung der Steuern, Wasserzinsen und Konzessionsabgaben der Reingewinn unverändert mit 1,58 Mill. Fr. ausgewiesen werden, wovon eine unveränderte Dividende von 6,316% auf das im Vorjahr von 20 auf 24 Mill. Fr. erhöhte AK ausgeschüttet wird. — Die Bernische Kraftwerke AG, eine Holding für eine Reihe von Kraftwerken, erreichte ungefähr den gleichen Ertrag aus diesen Beteiligungen mit 1,06 Mill. Fr. gegenüber dem Vorjahr. Auch der Überschuß ist mit 0,66 Mill. Fr. gegenüber dem Vorjahr unverändert. Es wird wieder eine Dividende von 4% bezahlt.

300 Mill. Schilling für Österreichs Staatsbetriebe

Wien. Die österreichischen Banken haben in der letzten Zeit den Kreditforderungen der verstaatlichten Betriebe gegenüber eine ablehnende Stellung eingenommen. Deshalb sah sich der Staat gezwungen, von sich aus 300 Mill. Schilling in Form von Darlehen an die Betriebe zu bewilligen. Der „Österreichische Volkswirt“ schreibt in diesem Zusammenhang, daß der tiefere Grund der ablehnenden Haltung der Banken in den strukturellen Gebrüchen der verstaatlichten Betriebe liege. Es handle sich um die größten und volkswirtschaftlich bedeutungsvollsten Werke, die seinerzeit auf die Bedürfnisse des großdeutschen Raumes abgestellt, im heutigen Österreich überdimensioniert seien. Sie stellten gegenwärtig torsoähnliche Gebilde dar, auf der einen Seite mit Überkapazitäten, auf der anderen mit Engpässen, die die Kapazitätsausnutzung unmöglich machten und zu hohen Produktionskosten verursachten. Die aufzubringenden Mittel müßten, fordert die Zeitschrift, in der zweckmäßigsten Weise Verwendung finden, daß auch, solange keine größeren Investitionen vorgenommen werden können, das unter den derzeitigen Verhältnissen größte Ausmaß der Rationalisierung erreicht werde, und daß alles geschehe, um die Arbeitsleistung zu steigern.

Eisen- und Stahlplan 1948

Der vom österreichischen Planungsministerium vorgelegte Eisen- und Stahlplan sieht eine jährliche Erzeugung von 1 070 500 t Rohstahl vor, also fast das Doppelte der im Jahre 1937 erzielten Menge. Von der geplanten Jahreserzeugung entfällt die Hälfte auf die Werke der „Alpine“, 64 000 t auf „Böhler“, 48 000 t auf „Schöller“, 45 000 t

auf „Felten“ und 12 000 t auf die Schmidhütte Liesen. Voraussetzung ist allerdings der verstärkte Abbau an österreichischen Erzeberg, der z. Z. noch unter 1 Mill. t liegt.

Günstige Kohleneinfuhr

Österreichs Kohleneinfuhr hat sich in den letzten Monaten befriedigend entwickelt. Die Bundesbahnen verfügen über einen durchschnittlichen Kohlenvorrat für 15 Tage, die Gaswerke haben einen zweimonatigen und die Elektrizitätswerke sogar einen dreimonatigen Kohlenvorrat. Da die Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei in der nächsten Zeit ablaufen, sind die Verhandlungen über neue Verträge bereits aufgenommen worden.

Wie verlautet, soll unter dem Namen „Kohlen-Union“ in Innsbruck eine französisch-österreichische Einkaufsgesellschaft gegründet werden, die sich ausschließlich mit dem Verkauf saarländischer Kohle in Österreich beschäftigen soll.

Zuviel neue Vermittler-Firmen

Nach Beendigung des Krieges wurden in Österreich eine Reihe von Import- und Exportgesellschaften gegründet, die sich zwischen Produzenten und Interessenten einschalten gedachten. Da die großen österreichischen Industrie-gesellschaften über gute Vertretungen bzw. eigene Abteilungen verfügen, sind diese Neugründungen nicht zum Zuge gekommen. Die Vermittlung für kleine Gesellschaften trägt nur wenig ein bei großem Risiko, so daß die Mehrzahl dieser neuen Firmen sich auf die Dauer kaum wird behaupten können.

Wiederaufbau der französischen Bahnen

Paris. Früher bestanden 4 Privatgesellschaften und zwei Staatsbahnen, die alle von der Société Nationale des Chemins de Fer Français im Jahre 1938 zusammengefaßt worden sind. Die Nationale Eisenbahngesellschaft hat seit der Befreiung Frankreichs einen raschen Aufschwung genommen, der wiederum die Voraussetzung für den Aufbau der übrigen Wirtschaft des Landes bildete. Infolge Benzinmangels war Frankreich besonders stark auf den Eisenbahnverkehr, der so schnell als möglich wieder in Stand gesetzt wurde, angewiesen. Heute bewältigen die Bahnen weit mehr Transporte als vor dem Krieg; ihre Leistung liegt um 40% über dem Verkehr des letzten Vorkriegsjahres 1938, in dem im übrigen nur etwa 50% des gesamten Verkehrs durch die Bahnen abgewickelt wurden, während es heute 75% sind. Ein Bild über die Wiederinstandsetzung der französischen Eisenbahnen seit 1944 ergeben die folgenden Ziffern: Ende 1947 war die Hälfte der Gleisanlagen wiederhergestellt, obgleich sich der Ersatz der beschädigten oder fehlenden Schienen außerordentlich schwierig gestaltet. In den nächsten 5 Jahren wird man voraussichtlich mehr als 200 000 t Schienen pro Jahr benötigen. Ein großer Mangel besteht noch an Personenzugwagen. Vor dem Krieg verfügten die französischen Bahngesellschaften über 28 300 Personenzugwagen, heute nur über 15 500, hinzu über 410 000 Güterwagen, besser über 310 000. Dabei ist ein Teil der Wagen veraltet, ein anderer Teil befindet sich noch in den Werkstätten zur Reparatur. Der Lokomotivbestand ist durch amerikanische Lokomotiven ergänzt worden, der Mangel an Wagen wurde im übrigen durch vermehrte Verwendung etwas ausgeglichen. 1938 brauchten die gesamten französischen Bahnen 9,5 Mill. t Kohle; 1947 nur 8,5 Mill. t, trotz Erhöhung des Verkehrs um fast die Hälfte. Der Personenverkehr erreichte bei weitem noch nicht den Vorkriegsstand, er wird für 1947 mit 146 Mill. Zug/km angegeben, gegen 285 Mill. Zug/km im letzten Vorkriegsjahr 1938. Der Güterverkehr stellte sich 1947 auf 47,9 Mrd. t/km gegen nur 22 Mrd. t/km im letzten Vorkriegsjahr.

Wenn auch der Verkehr auf den französischen Bahnen eine ganz betrübliche Steigerung erfahren hat, so hat die S.N.C.F. doch keinen Gewinn zu verzeichnen, da die Betriebskosten

etets die von der Regierung festgesetzten Eisenbahntarife überschreiten. Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen können die Tariferebungen mit dem Anwachsen der Unkosten niemals in diesen anormalen Zeiten Schritt halten, so daß im Jahre 1947 Einnahmen in Höhe von 143,2 Mrd. Frs., Ausgaben im Betrag von 146,8 Mrd. Frs. gegenüberstanden und ein Fehlbetrag von 3,6 Mrd. Frs. zu verzeichnen war.

Die Kohlenförderung

In der Woche vom 25. April bis zum 1. Mai 1948 betrug die Produktion von Steins- und Braunkohle in Frankreich einseh. des Saargebietes 1 064 708 t gegenüber 1 149 431 t in der vorhergehenden Woche. Die tägliche Durchschnittsförderung stellte sich auf 213 332 t gegen 211 390 t. Die Vorräte auf den Halde erreichten 355 128 t gegen 362 128 t in der Vorwoche. Die Kohleneinfuhr Frankreichs belief sich in der Berichtswoche auf 228 195 t gegen 211 183 t (ohne Saargebiet). Bei der Einfuhr stehen die USA mit 68 341 t an erster Stelle; es folgen Polen mit 67 301 t, Ruhr und Aachen mit 58 107 t, Großbritannien mit 11 762 t.

Erhöhte Phosphatproduktion

Die nordafrikanische Phosphatproduktion erreichte im Februar einen Rekordstand. Sie stellte sich auf 490 000 t gegen 467 000 t im vorhergehenden Monat und gegen nur 342 000 t im Monatsdurchschnitt des Jahres 1938. Die Ausfuhr stellte sich auf 447 000 t, sie lag um 80 000 t über dem Januarerfordernis und um rund 150 000 t über der monatlichen Durchschnittsausfuhr des letzten Vorkriegsjahres.

Abbau der Notenbankvorschlüsse

Im Monat April hat das Französische Schatzamt seine Vorschüsse bei der Notenbank um 25,5 Mrd. Frs. auf 129,5 Mrd. Frs. verringert. Die Einnahmen des Staatshaushaltes im Januar und Februar 1948 betragen 113 Mrd. gegen 89 Mrd. Frs. in den beiden entsprechenden Vorjahrsmonaten; damit haben die Steuererträge mit der Preiserhöhung ungefähr Schritt gehalten. Dem Schatzamt kamen in den letzten Wochen noch die Einnahmen aus der Zwangsanleihe, die mit der Einstellung der 5000 Frs.-Scheine verbunden war, zugute. In den nächsten Monaten wird sich die Hilfe durch das Marshall-Programm auswirken.

Sozialismus muß rentabel sein!

Die Labour-Party überprüft die Verstaatlichung

Von unserem I.N.-England-Korrespondenten

In den letzten Wochen hat sich aus verschiedenen Anlässen in England eine Diskussion über die bisherigen Erfahrungen bei der Verstaatlichung von Grundstoff-Industrien und über die Zweckmäßigkeit weiterer Sozialisierungsmaßnahmen ergeben. Die „Wirtschaftsrevue“ ist im Leitartikel der vorigen Ausgabe bereits kurz, aber grundsätzlich auf diese verschiedenen Ansichten eingegangen. Unser Korrespondent in London schickt uns nun die folgenden Betrachtungen, die er aus nächster Nähe machen konnte.

Wenn gegenwärtig eine recht ernsthaft geführte Debatte über Mängel der bisherigen praktischen Politik auf dem Gebiete der Verstaatlichung im Gange ist, so darf man dabei eines niemals vergessen: Die Diskussion von gemachten Fehlern erfolgt in England manchmal erst recht spät. Sobald sie jedoch einsetzt, ist dies in der Regel ein Beweis dafür, daß es zur Diskussion noch nicht zu spät ist. Mit anderen Worten, der demokratische Charakter jeder Diskussion in England erlaubt es, in größter Öffentlichkeit Schwächen herauszustellen, ohne daß die demokratischen Anhänger, in diesem Falle also die Labourwähler aus dem Jahre 1945, deshalb nun bereits als abgesprungen, enttäuscht oder vom Versagen der damals versprochenen Politik überzeugt gelten müssen.

Shinwell

Das erste öffentliche Zeichen einer internen Unzufriedenheit mit der bisher nach außen hin stets verteidigten Verstaatlichung war eine Rede von Kriegsminister Shinwell auf einer Genossenschaftskundgebung in Edinburgh. Shinwell ist bekannt als ein „enfant terrible“ der Labour Party, als ein Mann, dem die scharfe kritische Sonde besser in der Hand liegt, als die Mauerkrone der täglichen Verwaltungsarbeit. Als Brennstoffminister war er im harten Winter 1946/47 der verantwortliche Politiker für das völlige Versagen der englischen Brennstoffversorgung und für eine wiederholt erfolgte, viel zu optimistische Beurteilung der Kohlenförderung und der Elektrizitätsversorgung. Ministerpräsident Attlee mußte ihn im vergangenen Jahre im Rahmen einer Kabinettsumbildung von dieser wichtigen Aufgabe entbinden und ihm den Kabinettsrang nehmen. Als Kriegsminister hat Shinwell offensichtlich viel Zeit gehabt, sich mit einigen Abatand die bisherigen Verstaatlichungserfolge in England durch den Kopf gehen zu lassen.

Sein Urteil ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, was ihm scharfe Kritik aus den Reihen seiner Partei eintrug. Man fürchtete, daß seine kritischen Argumente der konservativen Opposition allzuviel Wasser auf ihre Mühlen liefern könne. Doch die Labour-Fraktion in Anwesenheit von Attlee ließ sich davon überzeugen, daß der Kern der Shinwell-Kritik berechtigt und das Motiv dieser öffentlichen Kritik ein demokratisches war: durch Aufweisen von offenkundigen Wunden den ersten Schritt zur Heilung zu tun.

Der Kern der von Shinwell ausgesprochenen Kritik bestand in der Behauptung, die Pläne für die Verstaatlichung von Grundindustrien seien nicht sorgfältig genug vorbereitet gewesen. Beim Bergbau zum Beispiel, dessen Verstaatlichung seit 50 Jahren im Programm der Labour-Party gestanden habe, sei man der Auffassung gewesen, über ein genügend klares und detailliertes Programm zu verfügen. Als es zur praktischen Anwendung kommen sollte, habe es sich jedoch als unzulänglich erwiesen. Dieser Vorwurf ist in England von der Opposition häufig in den letzten drei Jahren erhoben worden, nicht nur beim Kohlenbergbau, sondern auch bei der Verstaatlichung des Transportwesens und vor allem bei der geplanten Verstaatlichung der englischen Stahlindustrie. Shinwell war der erste Labour-Politiker von Rang, der erklärte: „Wir müssen außerordentlich vorsichtig sein, daß die Schwierigkeiten der Gesetzgebung und der eigentlichen Verwaltung für die verstaatlichten Industrien nicht dazu führen, daß die gesamte Konzeption zerstört und so unmöglich gemacht wird, auf dem Wege zur Verstaatlichung weiter fortzuschreiten.“ Es verdient in diesem Zusammenhang angemerkt zu werden, daß Shinwell durchaus Anhänger einer sehr weitgehenden Verstaatlichung in England ist, daß er auch die Verstaatlichung des Bodens in Erwägung gezogen sehen möchte, ihm kommt es also nur darauf an, das Fundament der ersten Sozialisierungsmaßnahmen so fest zu legen, daß man auch in Zukunft ohne Gefahr eines späteren Einsturzes darauf weiter bauen kann.

Die wichtigste Aufgabe sieht Shinwell darin, die Verstaatlichung „demokratischer“ zu gestalten, die Masse der beteiligten Arbeiter stärker zu interessieren und ihre Vertreter nach Möglichkeit auch in die praktische Verwaltung einzubeziehen. Hinter dieser Forderung dürfte sich eine Erkenntnis verbergen, die sich in England bereits seit einiger Zeit zu verbreiten scheint, die jedoch von Labour-Politikern aus politischer Rücksichtnahme auf ihre Anhänger nur sehr vorsichtig ausgesprochen werden kann. Es ist die Erkennt-

nis, daß für ein Land wie England, das sich wirtschaftspolitisch international in einer Verteidigungsgestaltung sieht, die Rentabilität seiner Wirtschaft oberstes Gesetz sein muß. Die Sozialisierung wird auf die Dauer von den englischen Wählern — die im Laufe der nächsten beiden Jahre an der Wahlurne ihre Stimme für oder gegen die bisherige Labourpolitik abgeben sollen — nur dann akzeptiert werden, wenn der Sozialismus „rentabel“ ist. Dazu gehört einerseits eine völlig unbürokratische, die neuesten Erkenntnisse der Betriebswirtschaft ausgenutzte Führung der verstaatlichten Wirtschaftszweige, andererseits ein stärkeres Mitsprechen der Arbeiter bei der Erzielung besserer Produktionsergebnisse.

Aus der allgemeinen Ermüdung, die sich in England nach dem Kriege bemerkbar macht, ist es verständlich, daß zum Beispiel die Bergarbeiter heute noch beinahe doppelt soviel Feiertage einlegen als vor dem Kriege, und daß trotz bereits sehr beträchtlicher Mechanisierungsfortschritte im Bergbau die durchschnittliche Tagesförderung noch um 10—20% unter Vorkriegshöhe liegt. Um den Bergarbeiter anzuspornen, wird man in England nicht nur seine Versorgung allmählich verbessern müssen. Es wird auch darauf ankommen, ihn von der Notwendigkeit zu über-

zeugen, für einen sozialisierten Bergbau sich mindestens so stark einzusetzen, wie dies vor dem Kriege im privatwirtschaftlichen Bergbau der Fall war.

Reid

Vorerst hapert es hier offensichtlich noch sehr. Durch den Rücktritt des bedeutenden Bergbauingenieurs Sir Charles Reid vom Staatlichen Kohlenamt ist eine ernste grundsätzliche Meinungsverschiedenheit innerhalb des Kohlenamtes über die beste Organisationsform aufgedeckt worden. Reid, der selbst vor dem Krieg vom Grubenarbeiter zum Geschäftsführer einer schottischen Zeche aufgestiegen war und als einer der besten englischen Fachleute gilt, trat in den Vorstand des Kohlenamtes ein, weil er von der Zweckmäßigkeit einer staatlichen Kohlenförderung überzeugt war. Diese Überzeugung vertritt er auch heute noch. Sein Rücktritt ist nur Ausdruck seiner Ansicht, daß der gegenwärtige Aufbau des Kohlenamtes und die geplanten Änderungen nicht den beabsichtigten Erfolg erzielen könnten, die denkbar höchste Leistung zu erreichen. Gesunde Geschäftsprinzipien und größtmögliche Verantwortung des einzelnen Zecheverwalters hält er für ebenso erforderlich wie eine zentrale Planung durch ein Kohlenamt, dessen oberste Spitze nicht wie jetzt mit einzelnen Verwaltungsaufgaben überlastet

Weltmeinung

Das Öl im Mittleren Osten

Frankreichs Kampf gegen den aufgeblähten Beamtenapparat

Die britische und die US-Presse befassen sich sehr lebhaft mit den Erdölfeldern im Mittleren Osten, die im Zusammenhang mit den dortigen Ereignissen gefährdet erscheinen:

Newsweek

„Was bedeutet das Öl des Mittleren Ostens für die USA? Die amerikanische Ölproduktion ist für den eigenen Bedarf unzureichend, Öl, das aus Venezuela erwartet wurde, ist anderweitig ins Ausland gegangen. Bis 1952 sind die USA gezwungen, täglich 2 Mill. barrels Öl einzuführen. Der Mittlerer Osten, der jetzt etwa 840.000 barrels Öl täglich hervorbringt, kann bis 1952 eine tägliche Produktion von 2 Mill. barrels erreichen. Das würde gerade ausreichen, um das amerikanische Defizit zu decken. Bis 1951 kann das Öl des Mittleren Ostens mit Leichtigkeit vier Fünftel des europäischen Bedarfs decken und so dazu beitragen, daß das Öl Venezuelas an die USA geliefert werden kann.“

Die amerikanischen Ölreserven sind unzureichend. Die arabische Welt verfügt über 60% des Ölorkommens der Welt. Zudem ist das arabische Öl auch billiger. Gegenüber 1—1,25 \$ für Erdöl aus Westtexas und 75 ct für Öl aus Venezuela kostet ein barrel Öl aus dem Mittleren Osten nur 40 ct.

Amerika und England kontrollieren heute zusammen etwa 95% der arabischen Ölproduktion. Nahezu eine Mrd. US-Kapital ist in den arabischen Ölgebieten investiert. Im Iran sind die Amerikaner besonders zu den Abadan-Ölraffinerien interessiert, die den Engländern gehören. Socony Vacuum und New Jersey Standard beteiligen sich mit 250 Mill. am Abadan-Öl für europäische Lieferungen. Für den Bau einer Ölleitung, die dieses Öl direkt zum Mittelmeer bringen soll, ist amerikanisches Kapital vorgesehen. Die gleichen Gesellschaften haben auch einen Anteil an Irak-Öl im Werte von 250 Mill. Zur Zeit liefern zwei Ölleitungen von je einer Länge von 650 Meilen das Irak-Öl nach Häfen am Mittelmeer.

Die größten Ölkonsumtionen besitzen die USA in Saudi-Arabien, wo die Ölgesellschaft Aramco (eine Vereinigung der California Standard, der Jersey Standard, der Texaco und der Socony Vacuum) im Laufe der nächsten fünf Jahre 500 Mill. \$ investieren will, um die tägliche Produktion auf wenigstens 1 Million barrels zu steigern.“

Daily Mail

„Nach vor zwei Jahrzehnten verließen die USA die Welt mit Öl, die Quellen des Mittleren Ostens trüpfelten nur und waren praktisch ohne Bedeutung. Heute, da die flüssigen Bodenschätze Amerikas rapide abnehmen, steht das Öl des Mittleren Ostens im Mittelpunkt des Interesses. Im Augenblick stellt dieses Öl die Reserve für Großbritannien und Amerika dar, doch ist die Position aus politischen Gründen schwer zu halten. Was würde nun geschehen, wenn plötzlich diese Ölquellen für die genannten Länder versiegen würden? Oder, um es in dürren Worten zu sagen, könnten die Westmächte einen Krieg führen, ohne daß ihnen das Öl des Mittleren Ostens zur Verfügung steht? Nach Ansicht eines der bedeutendsten Fachmänner Englands ist die Frage zu bejahen. Erst einmal steht Ölreicher in Amerika und Australien in ausreichender Menge zur

Verfügung, und auch in Süd-Afrika befinden sich größere Lager. Auf diese Vorräte kann man zurückgreifen, doch ist eine wirtschaftlich günstige Ausnutzung zur Zeit nicht möglich. Ähnlich ist es mit den Erdgasen: diese in Öl zu verwandeln, bietet keine unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten, doch ist das so gewonnene Öl im Preise nicht konkurrenzfähig. Aussichtsreich ist dagegen die Umwandlung von Kohle in Öl. Ein großes Werk wurde im Jahre 1935 in Billingham gebaut, das jährlich 150.000 t Öl herzustellen vermag. Infolge der hohen Kohlenpreise ist das Verfahren zur Zeit jedoch unrentabel, und die Gallone Leichtöl würde 2,5 \$ kosten, wogegen amerikanisches Benzin nur 1/2 \$ kostet, allerdings noch mit 9 d Zoll belastet ist.“

Die französische Presse nimmt Stellung zu dem Abbau von mehr als 100.000 Beamten im Rahmen des Sparprogramms, ein Problem, das sicherlich auch die maßgebenden deutschen Stellen beschäftigen wird. Maurice Schuman erklärt:

L'Aube

„Am 22. Dezember 1947 beschloß die Nationalversammlung, die Abstimmung über die Sonderabgabe zum Kampf gegen die Inflation der von der Regierung zu übernehmenden Verpflichtung, bis zum 31. Dezember 1948 150.000 Zivilbeamtenstellungen zu streichen, unterzuordnen. Die Bilanz der bisher erfolgten Streichungen wird demnächst den beiden Kammern vorgelegt werden, sie beläuft sich auf mehr als 120.000. Mit anderen Worten, man hat nur ein halbes Jahr gebraucht, um vier Fünftel des Weges zurückzulegen. Wir glauben, daß dies immerhin eine bemerkenswerte Leistung bedeutet.“

Aurore

„Dem letzten Beschluß René Meyers zufolge sollen 121.000 staatliche Beamte entlassen werden, davon 71.000 in den verstaatlichten Betrieben allein. Das heißt also, man gesteht offiziell ein, daß in Berg-, Elektrizitäts- und Gaswerken, in Flugzeug- und Rüstungsbetrieben, in Banken usw. noch immer 71.000 überflüssigerweise beschäftigt werden. Bei flüchtigem Übersehen der dadurch zu zahlenden Gehälter und Kosten finden wir heraus, daß uns diese Überflüssigen jährlich mehr als 14 Mill. Ausgaben verursachen, und wenn René Mayer seinen Antrag auch durchsetzt, so hat dieser Skandal immerhin vier Jahre gedauert.“

Franc Tiscus

„Die Beamten wünschen, daß die nötigen Streichungen im Rahmen einer allgemeinen öffentlichen Verwaltungsreform und unter Kontrolle von schiedsrichterlichen Arbeitsschlichter- und -geberkommissionen vollzogen werden. Aber es wird genau in entgegengesetztem Sinne verfahren. Die Regierung beschließt, 120.000 Diener des Staates ihres Amtes zu entheben, ihre Stellen zu streichen, das unentwertbare Durchgehende ihrer Verwaltung läßt sie jedoch unangestastet weiter bestehen. Mit Massenstreichungen allein kann man den Betrieb der staatlichen Dienststellen nicht erspürlicher gestalten, nicht verbessern. Für einen modernen Staat handelt es sich in erster Linie darum, die Arbeitskraft seiner Beamten planvoll zuzunutzen.“

ist. Mit der verfügbaren Arbeitskraft und dem heutigen Stand der Maschinenausrüstung hält er eine zueigliche Förderung von mindestens 30 Mill. t Kohle jährlich für möglich, vorausgesetzt, daß gleichzeitig der Umfang der Feiertage zurückgebracht und durch die Stilllegung von technisch veralteten Gruben die verfügbare Arbeitskraft besser ausgenutzt wird. Reid ist zu der Auffassung gekommen, daß ohne eine radikale Reorganisation die Verstaatlichung des Bergbaus scheitern muß. Der gegenwärtige schwerfällige und ohne Schwung arbeitende Apparat sei nicht in der Lage, die für Inlandsverbrauch und Export benötigten Kohlenmengen zu produzieren und die Kosten so niedrig zu halten, daß die englische Konkurrenzkraft auch für den Zeitpunkt erhalten werden kann, wenn der englische Export nicht mehr mit den heutigen günstigen Umständen des sellers market rechnen kann.

Edwards

Nach ein dritter öffentlicher Vorstoß hat die Problematik der englischen Verstaatlichungspolitik sichtbar gemacht. Der Labour-Abgeordnete Alfred Edwards, Vertreter eines mittelenglischen Wahlkreises im Zentrum der Stahlproduktion Middlesborough, ist am Vorabend des Labour-Partei-Kongresses aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er gegen die beabsichtigte Form einer „bürokratischen“ Verstaatlichung der Stahlindustrie aufgetreten ist. Edwards hatte diese Verstaatlichung als „Wahnsinn“ bezeichnet und der Regierung vorgeworfen, daß sie in dieser Politik mit 20 Jahre alter Munition gegen Ziele schüsse, die längst nicht mehr vorhanden seien. Als Alternative empfahl er die Verstaatlichung des Kapitals der britischen Stahlindustrie und erklärte grundsätzlich, daß er nicht eine Wirtschaftspolitik der beamteten Wirtschaftsführung billigen könne.

Nun ist die Verstaatlichung der Stahlindustrie in England ein besonders heißes Eisen. Die Industrie selbst hält sich für durchaus fähig, die ihr gesetzten Ziele der Produktionssteigerung, der Produktionsrationalisierung und der Preislenkung über einen Zeitraum von mehreren Jahren mit Hilfe größerer Investitionen zu verwirklichen. Die konservative Opposition ist bisher erfolgreich gegen jede überstürzte Sozialisierung des Stahls Sturm gelaufen. Es bedarf keiner besonders prophetischen Gabe, um die Vertagung dieses umstrittenen Punktes bis nach den nächsten Wahlen in England schon jetzt als ziemlich feststehend zu erkennen. Der Ausschuß von Edwards aus der Labour Party braucht daher weder von ihm noch von seinen Gesinnungsfreunden besonders tragiend genommen zu werden. Zwei so Prominente der heutigen Labour-Regierung, wie Schatzkanzler Cripps und Ernährungsminister Strachey, hat früher das gleiche Schicksal ereilt. Es hat auch den Anschein, als ob der Ausschuß von Edwards mehr eine Konzession an den linken Flügel der Labour Party als eine grundsätzliche Ablehnung seiner nur verfrüht und allzu sehr zugespitzt vorgebrachten Kritik bedeutet.

Alex in allem: Die Überprüfung der Verstaatlichung in England hat schneller eingesetzt, als dies insbesondere die konservative Opposition erwartet hatte. Das gesunde kaufmännische Denken der Briten scheint sich durchzusetzen, und was im Augenblick als eine „Krise“ erscheinen mag, könnte sehr leicht jene Überprüfung und Festigung des Fundamentes sein, die Shinwell unter Billigung seiner Fraktionsgenossen fordert.

Scheitern des Marshall-Planes bedeutet dritten Weltkrieg

New York. Der Verwalter der Europäischen Hilfe, Paul Hoffman, erklärte, ein Mißerfolg des Marshall-Planes würde Europa und die ganze Welt ins Unglück stürzen. Künne Westeuropa unter ein totalitäres Regime, müßten die Vereinigten Staaten in ständiger Kriegsbereitschaft leben, da in diesem Falle ein dritter Weltkrieg unvermeidlich wäre. Der Marshall-Plan müsse durch ein gewaltiges Rüstungsprogramm der USA unterstützt werden, denn die Diktaturen verstünden nur die Sprache der militärischen Kraft.

New York. Im Kongress soll im Laufe der nächsten Woche ein Marshall-Plan-Hilfs für den Mittleren Osten in Höhe von 500 Mill. \$ vorgeschlagen werden. Israel soll in das Hilfsprogramm eingeschlossen werden.

Eisenerzvorkommen in der Türkei

Reiche Eisenerzlager wurden in Tavas in Südostanatolien entdeckt. Da in diesem Gebiet auch Ölorkommen vorhanden sind, besteht die Möglichkeit der Errichtung einer bedeutenden Metallindustrie.

Goldfunde in Siam?

Im Gebiet von Kanchanaburi an der burmesisch-siamesischen Grenze, ungefähr 200 Meilen südöstlich von Bangkok, sollen, nach siamesischen Presseberichten, große Goldvorkommen entdeckt worden sein. Sachverständige der Regierung bestätigen die Möglichkeit von Goldvorkommen in diesem Gebiet, erklären aber, daß noch keine in einzelnen gebenden geologischen Untersuchungen vorgenommen worden seien.

Unbedingte Voraussetzung
für Leistung und Lebensdauer des Motors:
schmierichere Autoöle!
SHELL AUTOÖLE
werterhaltend-wirtschaftlich



GOTTFR. LICHTENBERG KOM.-GES.
SIEGBURG (BEZ. KÖLN) FERNRUUF 26 58/59
liefert wieder
hochfeuerfeste Mörtele-, Stampf- und Flickmassen für alle Verwendungszwecke sowie Gießereihilfsstoffe, wie Modellsandbinder, Kernbinder, Zunderschutzmasse usw.
Eigene Grubenbetriebe · Mählwerke

Knierportwerk *Leban (Schlesien)*
von 1902
Ebenisierungen
Gummierollen

Import · Export
Aussondierungskontor „Austria“, KONSTANZ/Bodensee
bietet am Export- und Importvorschläge für Österreich, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn. Prospekte erfordern. Große Kompenationmöglichkeiten.

Schönwite
BREMEN
BREMEN
BREMEN

Alle Artikel für Haushalt und Großküche gesandt.
F. Arnold Bank, Hamburg 1.

ACHTUNG!
Industrielle, Fabrikanten, Grossisten!
Wir vermitteln vertraulich, schnell und zuverlässig beste Absatzmöglichkeiten Ihrer Qualitätsprodukte aller Branchen in das europäische und überseeische Ausland. Richten Sie Ihre Wünsche über Geschäftsvermittlung mit dem Ausland an:
Internationale Vermittlungsbüro (24h) Neumünster, Fährstraße 28

Große Kunst-Versteigerung in Bonn/Rhein
Dienstag, den 1. Juni 1948, 11 Uhr, im Hans-Ed. Bonn, Sehnstraße 70, im festwilligen Aufzug für die Orden, meistbietend gegen Barzahlung.
Ornat-Teppiche, Vorhänge u. Osierien (bis 4,50 x 6,50).
Gemälde aller und neuerlicher Meister, Kleinplastik, Marken-Portellana, Bildstich, Zinn, Bronze, Silber- u. Messingarbeiten.
Antike Möbel, 1 Barock-Spielzimmer, Kommoden, Tische, Sessel, Stühle, Sargen, alles in neuwertigem Zustand und reicher Auswahl. (Verzeichnis bitte anfordern).
Besichtigung am 1. Juni 1948, ab 8 Uhr im Versteigerungsort.
C. Rüppert, Auktionator und Taxator, Bonn, Niebuhrstraße 28, Fernsprecher 4949
Entsprech. Versteigerungsbekanntgabe werden laufend angeordnet.
Heselerklärung nur bei rechtzeitiger Anmeldung genehmigt!

Große Berliner Briefmarken - Auktion
am 12. und 14. Juni im ORAND-CASINO am Bahnhof Zoo. Auktionskatalog frei gegen Barzahlung. Zur Versteigerung kommen Briefe, der ganzen Welt, gute Übersee, viele Sammlungen von, jedoch auch Barverkauf von guten Marken.
Arnold Engel, GmbH, Berlin-Charl. 9, Glödenberg-Allee 19.

Sowjetrußland in der Antarktis

Beachtliche Erfolge der Russen im Walfang — Teilnahme deutscher Spezialisten?

Scheinbar abseits vom Schauplatz der großen Weltereignisse und doch hinter den Kulissen mit dem Spiel und Gegenpiel der Mächte durch die Drähte der Weltwirtschaft eng verbunden, bewegt sich in zeitweilig impulsiver Dramatik die Szene der Antarktis. Bei einigen Akteuren — wie Argentinien und Chile — handelt es sich um Ansprüche auf territoriale Besitzrechte, bei anderen — vornehmlich Deutschland — um die Beteiligung am Walfang und die damit verbundene Ausbeute an Öl und Fett. Während dort noch Noten gewechselt werden und hier der Spruch der Sieger gefallen ist, ist in aller Stille ein Partner auf die Bühne getreten, dessen Aktivität ständig zunimmt und der im Begriff ist, im südlichen Eismeer eine tragende Rolle zu übernehmen: die Sowjet-Union!

Wie auf vielen anderen Gebieten, hat das Moskauer Weltreich von heute auch in diesem Bezirk der Welmeereswirtschaft im alten Zarenstaat schon einen Vorläufer, nur mit dem Unterschied, daß es dessen mehr auf ökonomische Repräsentation gerichtete Bemühungen und zielstrebigere Tatkraft und auf absolut realpolitischer Basis aufgenommen und fortgesetzt hat. Die Sowjets können

sich dabei — was sie generell auch immer gerne bei Kontroversen mit anderen Interessenten zur Geltung zu bringen lieben — auf eine nicht unbedeutende Tradition stützen. Denn selbst in Fachkreisen des Walfangs ist es nur wenig bekannt, daß die erste schwimmende Walkohlerei der Welt — heute das Grundprinzip rationalen Walfangs — nach Angaben des deutschen Ingenieurs Sommermeyer durch die Berliner Firma Rud. A. Hartmann ausgerüstet und auf der Danziger Werft von Klausner im Jahre 1902 für russische Rechnung eingezichtet wurde.

Während Deutschland bereits seit dem Jahre 1936 aktiv am Hochseewalfang teilnahm (in der Fangzeit 1938/39 mit 7 Flotten und einem Gesamtergebnis von 492 529 Faß Öl aus 6 724 Wale), was einem Anteil am internationalen pelagischen Fang in der Antarktis von fast 20% entsprach, hatte die UdSSR sich bis dahin ausschließlich auf den Walfang im Norden zwischen Sibirien und Alaska beschränkt. Erst nach Beendigung des letzten Krieges machte Moskau im Rahmen der Reparationsforderungen auch Ansprüche auf eine deutsche Walfangflotte geltend. Das ehemalige deutsche Walfangmutter-

schiff „Wiking“ (14 526 BRT), wurde — nachdem es während der Saison 1945/46 unter britischer Flagge und dem Namen „Empire Venture“ ausgefahren war — den Sowjets übergeben. Unter dem Namen „Slava“ nahm dieses Walfangmuttereschiff mit 8 Fangdampfern erstmalig während der Saison 1946/47 unter Hammer und Siebel am Fang im Südlichen Eismeer teil. Folgende Ergebnisse wurden gemeldet: 154 Blau-, 226 Finn- und 6 Pottwale, insgesamt 386 Wale mit rd. 35 000 Faß Öl. Im Vergleich mit den arktischen Durchschnittsergebnissen (334 Wale = 14 400 Faß Öl) ist also eine Erhöhung der Ölausebeute auf 243% zu verzeichnen. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß diese erste sowjetische Antarktis-Expedition die ausgezeichnete Ölausebeute von 130 Faß je Blauwal-Einheit (1 Blauwal = 2 Finnwale) erzielen konnte. Vergleichsweise Ausbeuten je Blauwal-Einheit: norwegische Expeditionen 116,9 Faß, britische 110,7 Faß, holländische 132,5 Faß, japanische 78,4 Faß, pelagischer Durchschnitt 113 Faß. Mag hierbei auch zu berücksichtigen sein, daß die Sowjets noch nicht am 8. 12. 46, dem international vereinbarten Beginn der Fangzeit, anwesend waren, sondern den Fang erst am 28. 1. 47 aufnahmen — die Ölausebeute je Blauwal-Einheit steigt erfahrungsgemäß im Laufe der Fangzeit — so haben sie jedoch zweifellos verstanden, ein äußerst bemerkenswertes Ergebnis zu erreichen.

Es ist bekannt, daß seit Beendigung des letzten Krieges in erster Linie die Norweger ängstlich darum bemüht sind, im internationalen Walfang eine Vormachtstellung einzunehmen. Am 13. 12. 1945 verlangte der norwegische Handelsminister vor dem Parlament „Respektierung der Ansprüche auf berechtigte Walfang-Interessen“, u. a. mit folgender Begründung: Die norwegischen Behörden glaubten, mit Selbstverständlichkeit davon ausgehen zu können, daß die übrigen Staaten Norwegens moralisches Recht respektieren würden, sich eines tonangebenden Platz in der für dieses Land so wichtigen Industrie zu sichern. Am 21. 12. 45 trat eine Verordnung in Kraft, die allen norwegischen

Gesellschaften, Staatsbürgern und Einwohnern verbot, direkt oder indirekt am Walfang mit schwimmenden Kochreinen unter fremder Flagge teilzunehmen, oder an einer Forderung mitzuwirken. Soweit bekannt, nehmen infolge dieses Gesetzes keine Norweger an sowjetischen Walfangexpeditionen teil. Da sich deutsche Fachleute bereits am Aufbau des sowjetischen Walfanges maßgeblich beteiligten, liegt natürlich die Vermutung nahe, daß die heute arbeitslos gewordenen deutschen Walfänger abermals hinter der überraschenden Entwicklung stehen, zumal eine allerjüngste Meldung erkennen läßt, daß man sich im Ausland — in diesem Falle Argentinien — um eine Verpflichtung der deutschen Spezialisten durchaus bemüht.

Die Höchstgrenze des antarktischen Walfangs wurde durch internationale Abkommen auf 16 000 Blauwal-Einheiten je Fangzeit festgesetzt, erstmalig 1937 in London geregelt. Diesem Londoner Abkommen traten damals 9 Staaten, darunter auch Deutschland, bei, während die UdSSR und Japan außerhalb der Vereinbarungen blieben. Eine sowjetische Unterschrift erscheint erstmalig unter dem Protokoll der internationalen Walfangkonferenz in Washington 1946, jedoch gleich mit folgender Einschränkung:

1. Infolge unvorhergesehener Umstände wird das sowjetische Fabrikschiff nicht in der Lage sein, bei Beginn der Fangzeit die Gewässer südlich von 40 Grad n. B. zu erreichen. Demgemäß verlangt die sowjetische Delegation, daß diesem Schiff gestattet wird, mit voller Anzahl Fangdampfern während einer fortlaufenden Periode von 4 Monaten zu operieren.

2. Die sowjetische Delegation verlangt ferner, daß dem Fabrikschiff in diesem Gebiet für die Dauer von 4 Monaten während der Saison die Durchführung der Tätigkeit gestattet wird, ohne Rücksicht auf die Fangbeschränkung auf 16 000 Blauwal-Einheiten.

Man sieht, daß die Sowjets auch nicht auf die geringsten Vorteile verzichten. Die bisherige Entwicklung läßt sichtbar bekundete Interessen der Sowjet-Union in der Antarktis in Erscheinung treten, als Welt- und Wirtschaftsmacht partizipierend an der Freiheit der Meere und offenbar bestrebt, ihre Walfangflotte zu vergrößern.



HAMBURG
COLONNADEN 13
RUF 3303 21 / 3323 25
ANKAUF — VERMITTLUNG
SCHRIFTZUGEN — DUTACHTEN

Achtung!

Wir liefern
Auto-, Ersatz- und Zubehörteile
Fordern Sie Spezialkataloge an:
H. v. Wichmann Kom.-Ges. Hamburg 1
Chilowstr. 8. Tel. 22648 (interzonal).

Wenn frei die Wahl:



und heute schon
BV-DEL!



Dieses Zeichen tragen seit mehr als 50 Jahren unsere wissenschaftlich erprobten und geschäftlich bewährten Erzeugnisse. Die „Eulen-Mark“ verbürgt Güte und Entwicklung.

CHINOSOL-FABRIK A. G. HAMBURG



58.

**Briefmarken
Grossauktion**
16. - 19. Juni 1948

Luxusmaterial der ganzen Welt

Illustrierter Katalog gratis gegen Berufsangabe

Edgar Mohrmann & Co.

m. b. H. vereid. Briefmarken-Auktionator

Hamburg 1, Speersort 6

Telephon 32 64 28

Führendes Briefmarken-Auktionshaus Deutschlands!

Jugo-Erze als Exportgut

Jugoslawien kann nicht nur in politischer Beziehung, sondern auch in Bezug auf seine Wirtschaftspläne die größte Beachtung verlangen. Offizielle jugoslawische Kreise haben in der letzten Zeit in auffälliger Weise das Interesse an der Entwicklung des Bergbaues des Landes betont. Man hat darauf hingewiesen, daß zwei wichtige Faktoren die Bergwirtschaft Jugoslawiens kennzeichnen, und zwar die zahlreichen Erzkvorkommen, die dichtgedrängt in einem kleinen Teil des Landes vorhanden sind sowie die Tatsache, daß diese Erzkvorkommen bisher noch nicht in dem möglichen Ausmaß genutzt wurden. Es wird weiter betont, daß Jugoslawien jetzt damit begonnen hat, seine Bodenschätze in großem Maßstab auszuwerten, und daß man zu diesem Zweck die Verkehrsverbindungen des Landes ausbauen, die bestehenden Anlagen für die Erzförderung erweitern und neue errichten wird. Auch der Bau von Metallhütten ist geplant. Man kann annehmen, daß die Ausfuhr von Erzen und Metallen für die Folge eine wesentlich größere Rolle am Weltmarkt spielen wird, als dies vor dem Krieg der Fall war.

Etwa die Hälfte des jugoslawischen Staatsgebietes enthält die reichsten Erzkvorkommen des europäischen Kontinents. Die Lage der Vorkommen ist in jeder Beziehung günstig, und die Reserven sind reich und von guter Qualität. Die Kohlenvorkommen des Landes ebenso wie einige

der Erzkvorkommen lassen eine den Eigenbedarf des Landes übersteigende Förderung zu, die exportiert werden kann.

Die englische Fachzeitschrift „The Metal Bulletin“ zählt in ihrer letzten Ausgabe die exportfähigen Güter der Berg- und Metallwirtschaft auf und kommt zu folgender Zusammenstellung: Eisen: hauptsächlich Limonite mit einem hohen Eisengehalt; Ferrolegierungen wie Ferronickel, Ferronickelium und Siliciummangan; Kupfer; Elektrolytkupfer aus den Vorkommen von Bor mit 99,8% Cu, Blei und Zink; Raffiniertes Blei mit 99,99% Pb, Rohzink mit 97,5% Zn, Zinkstaub mit 51% Zn, Bleikonzentrate mit 51% Zn, Chromerz: erste Qualität mit 47% Cr₂O₃, zweite Qualität mit 42 bis 45% Cr₂O₃ und Konzentrate mit 47% Cr₂O₃, Antimon Regulus 99,95% Quecksilber, Pyrit, Bauxit mit 51 bis 54% Al₂O₃, Magnesit mit 88 bis 94% MgO, Baryt in Stücke und Asbest in Pulverform.

Der erste Fünfjahresplan sieht eine Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion von 336 000 t im Jahre 1939 auf 1 310 000 t im Jahre 1951 vor, die Kohleförderung soll im gleichen Zeitraum von 6 068 000 t auf 16 500 000 t gebracht werden, und die Aluminiumproduktion von 1776 t auf 13 000 t. Jugoslawien hofft, mit Hilfe dieses Planes zu einem wichtigen Exporteur von Qualitätserzen und hochwertigen Metallen zu werden.

Australische Weißblechpläne

Australien plant die Errichtung eines Weißblechwerkes mit einem Kostenaufwand von 1 Mill. £. Damit leben Pläne auf, die bereits schon vor dem letzten Krieg im Jahre 1929 akut waren.

Australien verfügt über eine bedeutende Konservenindustrie, die in den Jahren zwischen den beiden großen Kriegen schnell gewachsen ist, und deren Exporterträge in der australischen Wirtschaft eine erhebliche Rolle spielen. Neben hochwertigen Früchten, wie Aprikosen, Pflaumen, Birnen, Ananas, Himbeeren usw., wurden Milchprodukte, Fische, Fleisch und Geflügel in steigenden Mengen konserviert und exportiert.

Die für die Konservenindustrie notwendigen Weißblechmengen mußte Australien bisher einführen. Sie stiegen mit dem Aufschwung der Konservenindustrie des Landes. Der australische Weißblechverband, der im Depressionsjahr 1931 36 600 t betrug, stieg bis 1938 auf 85 600 t, und erreicht im Krieg im Jahre 1945 nicht weniger als 133 200 t. Vor dem Krieg wurde der australische Weißblechbedarf praktisch vollständig durch Einfuhren aus England gedeckt. Der Krieg hat hier eine bedeutende Veränderung gebracht, indem die amerikanische Weißblechindustrie an die Stelle der englischen als Lieferant getreten ist. Die englischen Einfuhren beliefen sich 1942 auf 618 t, 1943 auf 5632 t, 1944 auf 4603 t, 1945 auf 462 t und 1946 auf 22 377 t, während Australien 1941 50 457 t, 1942 133 029 t, 1943 97 260 t, 1944 119 212 t und 1945 98 623 t US-Weißblech bezog.

Es ist verständlich, daß Australien, das sich während des Krieges von den bisherigen Lieferungen des Mutterlandes abgeschnitten sah und auf die amerikanischen Lieferungen angewiesen war, den Wunsch hat, eine eigene Weißblechindustrie zu errichten, deren Absatz durch den Bedarf der Konservenindustrie des Landes, der wahrscheinlich in der kommenden Zeit noch weiter steigen wird, gesichert ist. Vor dem Krieg wurde im Mai 1939 aus Adelaide gemeldet, daß die Broken Hill Proprietary in der Gegend von Whyalla ein

Weißblechwerk errichten wollte, nachdem der Wunsch nach einem solchen Werk schon seit langem besteht. Damals beabsichtigte man, 4 Mill. £ für dieses Werk auszugeben, das Weißblech im Werte von 2,5 Mill. £ jährlich erzeugen sollte. Die Pläne, Australien zu einem Weißblechproduzenten zu machen, wurden vor dem Krieg natürlich von der Waliser Weißblechindustrie im Interesse ihres recht bedächtigen Exports nach Australien bekämpft. Inzwischen hat die englische Weißblechindustrie den australischen Markt während der Kriegsjahre an die amerikanische Industrie verloren, und es ist zweifelhaft, ob sie ihn je wieder in dem alten Umfang zurückerobert wird.

Der Krieg hat die Tendenzen zur Entwicklung einer Schwerindustrie, die die Voraussetzung für die Errichtung von Weißblechwerken wäre, auch in Australien vorangetrieben. In der Gegend von Whyalla befinden sich Eisenerzvorkommen, die zur Verwertung verschiedener Werke, in der Hauptsache in Neusüdwales, schon vor dem Krieg dienten. 1939 hatte die Broken Hill Proprietary bereits einen Hochofen bei den Vorkommen errichtet. Neben Schwarzblech ist für die Weißblechherstellung aber auch Zinn notwendig. Obwohl in fast allen Teilen Australiens Zinnvorkommen bekannt sind, sind Queensland, Neusüdwales und Tasmanien die wichtigsten Erzeugungsgelände, während der Süden des Landes verhältnismäßig zinnarm ist. Im Jahre 1931 erreichte die australische Zinnerzeugung rund 13 000 t, doch ging sie für die Folge sehr zurück, und lag vor dem Krieg in den besten Jahren etwas über 3000 t im Jahr. Sie reichte aus, den australischen Zinnbedarf zu decken.

Wenn man jetzt aber eine Weißblechindustrie im Leben rufen will, so wird man auf zusätzliche Zinneinfuhren angewiesen sein, es sei denn, daß eine Möglichkeit besteht, die australische Zinnerzeugung zu erhöhen. Der Zeitpunkt für eine Durchführung der australischen Weißblechpläne scheint glücklich gewählt und erfolgversprechend zu sein. H. R.

Benelux-Union wird noch enger

Neue Pläne zur vollen Wirtschaftsgemeinschaft

Von unserem Korrespondenten in Belgien

„Benelux“, die geplante und teilweise schon in Durchführung begriffene Zoll- und Wirtschaftsunion von Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, ist bereits zu einem Standardbegriff der neuen politischen Vorstellungswelt geworden. Die wirtschaftliche „Gleichhaltung“ der drei Länder bestand zunächst in der Vereinheitlichung des Zolltarifs. Dieser erste Schritt wurde bekanntlich am 1. Januar 1948 getan. Belgisch-luxemburgische Waren werden in Holland und holländische in Belgien-Luxemburg zollfrei importiert. Der Zolltarif gilt für Waren aus dritten Ländern.

Die drei Regierungen der Benelux beabsichtigen nun einen neuen Schritt auf dem Wege der vollständigen Wirtschaftsunion zu tun. Die eingesetzten Kommissionen für die Vorbereitung der vollständigen Wirtschaftsunion hatten zur Aufgabe, nachstehende Probleme zu lösen: a) Koordination der Wirtschaftspolitik der drei Länder; b) Angleichung der Preise und Löhne; c) Koordination der Staatsfinanzen, des Kredits und der Steuern; d) Überprüfung der zwischen Belgien und Luxemburg 1935 abgeschlossenen Konvention über den Transitverkehr; e) Abschluß von Handelsverträgen im Namen der Benelux; f) Schaffung einer gemeinsamen Exportkasse (Pool), in welche die Gewinne der zusammengeschlossenen Exportfirmen fließen und nach einem vereinbarten Schlüssel verteilt werden sollen; und g) Koordination der Gesetzgebungen über die Strukturformen. Gleichzeitig prüfte der Finanzausschuß die finanziellen Probleme (Währung), die mit dieser neuen Politik in Übereinstimmung gebracht werden sollen.

Die ausgearbeiteten Berichte dieser Kommissionen sollten von Ministerrat der drei Länder in einer auf den 14. Mai im Château d'Ardennes bei Namur anberaumten Konferenz besprochen werden, doch mußte die Zusammenkunft wegen der belgischen Ministerkrise bis auf weiteres vertagt werden. Über den Inhalt dieser Berichte ist noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Belgische Stimmen warnen vor übereilten Schritten, weil in Wirtschaftskreisen der Eindruck besteht, Belgien mache mit der Union auf nahe Sicht das schlechtere Geschäft. Es ist übrigens in diesem Zusammenhang gut, sich daran zu erinnern, daß eine vor Jahresfrist durchgeführte Gallup-Umfrage in Holland 83, in Belgien aber nur 69% der Stimmen für die Zollunion ergab. Es bestehen nicht unbedeutende Widersprüche zwischen wirtschaftlichen Interessen. Die Niederlande sind ein Handels- und Agrarland, Belgien ist dagegen hochindustrialisiert. Es ist klar, daß diese nicht so leicht aus-

zuwägende ökonomische Gewichts-lagerung Schwierigkeiten mit sich bringt. Der Ausgangspunkt für den Wiederaufbau und für die Reorganisation in den heiden Ländern war grundverschieden. Als die belgische Wirtschaft 1945 schon in vollem Betrieb war, blieb Holland, das neun Monate später befreit wurde, für seine Existenz noch vom Ausland vollständig abhängig. Während Belgien große Einnahmen aus seinen Kolonien hatte, mußte Holland gewaltige Summen in Indonesien ausgeben. Aber die allgemeine Lage in den Niederlanden ist nach drei Jahren immer noch sehr schwierig. Man versteht in Belgien nicht, warum die Rationierung in Holland noch aufrechterhalten wird, warum Holland 1947 für 4 Mrd. G. Waren importierte, aber, obwohl die meisten Betriebe auf hohen Tönen laufen, nur für 1750 Mill. G. exportierte. Man versteht ferner nicht, daß der Exportkoeffizient im Verhältnis zu 1938 erst bei 1,6 steht, während der belgische 3,1 erreicht. Diese Koeffizienten sind nicht durch den Geldfaktor beeinflusst, weil sowohl der Gulden wie der belgische Franken 1944 in gleichem Maße an Wert verloren haben. Erschwerend für die weitere Entwicklung ist die unausgeglichene belgisch-holländische Wirtschaftsbilanz, die für 1948 voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 30 Milliarden belgischer Franken schließt. Die holländische Einfuhrbeschränkung wird in belgischen Kreisen scharf kritisiert, und man verlangt eine Änderung dieser Methode.

Die „Libre Belgique“, Brüssel, schreibt: „Es sei notwendig, einen Weg zu finden, daß Holland die Rationierung aufhebe, die Subsidienpolitik abschaffe und eine verständige Politik für eine Erhöhung der Preise und Löhne betreibt. Die Tatsache, daß in Holland die Gestehungskosten niedriger sind als in Belgien, sei, wenigstens auf nahe Sicht, kein Hindernis für ein gutes Funktionieren der Wirtschaftsunion. Es sei jedoch dringend notwendig, die holländische Ausfuhr nach Belgien zu erleichtern, damit die Niederlande die notwendigen Devisen erhalten, um ihre Käufe in Belgien zu bezahlen. Die Finanzexperten hätten die Lage geprüft: die auswärtige Hilfe (Marshall-Plan) sei geeignet, Holland aus dem Engpaß herauszuführen. Belgien verfolge ein ähnliches Ziel, dem Partner zu helfen. Sollten sich die Dinge auf der bevorstehenden Ministerkonferenz in einem günstigen Sinne entwickeln, so sei zu erwarten, daß auch das gegenseitige Lizenzsystem verschwinden werde. Es sei aber zu hoffen, daß die belgischen Interessen tatkräftig verteidigt würden und das Land nicht die Folgen der Fehler und Irrtümer anderer zu tragen habe.“

Welt-Warenmärkte

Erhöhter Kautschuk-Bedarf

Die Tatsache, daß der Weltmarktpreis für Natur-Kautschuk am New Yorker Markt seit Mitte März erneut von 19 cents auf 23-24 cents je lb im Monat Mai gestiegen ist, legt Zeugnis dafür ab, daß auch Kautschuk gegenwärtig in wachsendem Maße in das internationale Ankerbedarfsprogramm einbezogen wird.

Außerdem besteht in den Vereinigten Staaten die Absicht, im Laufe des Jahres weitere 500 000 t Natur-Kautschuk im Rahmen des Aufschlüsselungsprogramms zu erwerben, so daß vorläufig ein Überschußproblem in diesem Sektor sehr empfindlichen Markt nicht besteht.

Die US-Belelmärkte lagen in den letzten Wochen ziemlich fest, obwohl die kubanische Kaufkraft sich verringert hat und auch der heimische Handel nur wenig Unterstützung zeigte.

Die US-Belelmärkte lagen in den letzten Wochen ziemlich fest, obwohl die kubanische Kaufkraft sich verringert hat und auch der heimische Handel nur wenig Unterstützung zeigte.

Wie im Handelskreislauf verläuft, hat das britische Versorgungsministerium den Ankauf von 200 t Olivenöl in Griechenland zu 275 £/t genehmigt.

Am 18. Mai wurde von der Ertragsberichtsstelle des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums folgender Bericht veröffentlicht:

Table with 4 columns: Year (1948, 1947, 1946, 1936-45), and rows for Winterweizen (Anbaufläche, Erntefläche, Aufgegebene Fläche, Ertrag) and Regen (Anbaufläche, Erntefläche, Ertrag).

Schiffahrts-Nachrichten

ENGLAND: Die United Mollasses Co., Ltd., London (Athel Line) gab vor kurzem der Smith's Dock Co., Ltd., South Bank, Middlesbrough Auftrag zur zwei Tankmotorschiffe von 12 250 dw t bzw. 10 000 dw t.

Wie im britischen Handelskreislauf verläuft, hat das britische Versorgungsministerium den Ankauf von 200 t Olivenöl in Griechenland zu 275 £/t genehmigt.

Die italienische Olivenölgewinnung in der ersten bezetzten Saison wird auf 340 000 t geschätzt gegen 230 000 t im Vorjahr.

Nach neuen amerikanischen Schätzungen erreichte die Welt-Leinsaat-Ernte 1947 mit 3,2 Mill. t rund 20% mehr als 1946 (2,6 Mill. t), aber 8,5 weniger als der Durchschnitt 1935-39 (3,4 Mill. t).

Nach Berichten aus Argentinien sind nur Aufnahmen der Leinsaatverträge akute Lagerbeschwerden entstanden, die nach Ansicht privater Handelskreise nur durch größere Exporte behoben werden können.

In Adenwick der australischen Knappheit an Dollar-Devisen wird mit einer Begrenzung der Bierherstellung in der gegenwärtigen Höhe geredet.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Table with 4 columns: Year (1948, 1947, 1946, 1936-45), and rows for Winterweizen (Anbaufläche, Erntefläche, Aufgegebene Fläche, Ertrag) and Regen (Anbaufläche, Erntefläche, Ertrag).

Schiffahrts-Nachrichten

BULGARIEN: Bulgarien bestellte in Belgien und Holland je ein Frachtschiff von 2000 t. Die Ablieferung soll Ende 1948 erfolgen.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Die Zinkproduktion Kanadas wird für 1947 mit 267 185 t angegeben.

Steigende Metallproduktion

Auch die Vorräte nehmen zu

Kupfer: Das American Bureau of Metal Statistics gibt für das erste Quartal 1948 folgende Zahlen für die Weltkupfer-Erzeugung (in t):

Table with 2 columns: Country (USA, Welt), and rows for Rohkupfer, Raffinierter Kupfer, Ablieferungen, Vorräte Ende des Quartals.

Die Statistik läßt eine noch immer angespannte Versorgungslage in den Vereinigten Staaten erkennen, die sich auch in einer leichten Abnahme der Bestände seit dem Beginn des Jahres ausdrückt.

Table with 3 columns: Year (1948, 1947, Jan. 1948), and rows for Africa, Amerika, Asien, Europa, Australien.

Besondere Fortschritte hat die Zinnerzeugung in Asien und die Zinnerzeugung in Europa auf Grund von Zinnerz-

lieferungen an die englischen, belgischen und holländischen Rütten gemacht. Besonders die Erzeugung in den beiden letztgenannten Ländern hat sich 1947 gegen das Vorjahr erhöht.

Das American Bureau of Metal Statistics gibt jetzt Zahlen für die Bleierzzeugung einiger der wichtigsten Erzeugerländer bekannt.

Table with 4 columns: Year (1948, 1947, Jan. 1948), and rows for USA, Kanada, Mexiko, Peru, Argentinien, Australien, Frankreich, Spanien.

Für die ersten zehn Monate 1947 wird die Weltzeugung an Blei von der amerikanischen Stelle mit 1 180 786 t geschätzt.

In- und Auslandsbörsen

HAMBURG: zurückhaltend

Die Hamburger Wertpapierbörse war in der Woche nach Pfingsten durch einen bedeutend ruhigeren Ablauf als in der Vorwoche gekennzeichnet.

DÜSSELDORF: unbehütlich

Die Rheinisch-Westfälische Wertpapierbörse verzeichnete in der Woche vom 18. bis 22. Mai ein nachlassendes Geschäft bei unbehütlicher Kursentwicklung.

FRANKFURT: abwertend

Da die von der Spekulation erhofften Kundschaftraufträge ausblieben und sich sonst kaum Anregungen vorlagen, nahm der Frankfurter Wertpapiermarkt nach dem Pfingsttag (19. bis 21. Mai) einen sehr ruhigen Verlauf.

In Ostpfandbriefen setzten sich meist weitere Erholungen fort.

Die in Ostpfandbriefen setzten sich meist weitere Erholungen fort.

STUTTGART: abgeschwächt

Die in der Woche vor Pfingsten beobachtete feste Haltung konnte sich in der Zeit vom 18. bis 22. Mai nicht weiter durchsetzen.

SPRECHSAAL FREIBURG: freundlich

Bei freundlicher Tendenz zeigte der erste Sprechsaal in Mainz nach dem Pfingstfeiertag am 20. Mai einen abflachenden Verlauf.

SPRECHSAAL FREIBURG: ruhig

Bei dem am 17. Mai stattgefundenen Sprechsaal wurden von den Renten 4% Mecklenburger Hypothekbank zu 78 bis 79,5 gehandelt.

ZÜRICH: still

In der Zeit vom 15. bis 21. 5. gestaltete sich das Börsengeschäft an der Zürcher Wertpapierbörse außerordentlich ruhig.